Nr. 126. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 2. Juni 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Verdrängung deutscher Arbeiter von staatlichen Arbeiten.

Den Wunsch der Großgrundbesitzer, billige und willige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu erhalten, beeilen sich die verschiedensten Zweige der preußischen Verwaltung in reichstem Maße zu erfüllen. Der Eisenbahnminister Thielen empfiehlt zu diesem Zweck durch mehrere Erlasse die Heranziehung von ausländischen Arbeitern zu Eisenbahnarbeiten.

Es sollen mehr Ausländer wie vordem angestellt, außerdem bei Regierungsbauten auf die Unternehmer dahin eingewirkt werden, daß sie mehr Ausländer beschäftigen. Da die sich „patriotisch" und „vaterlandsfreundlich" gebehrdende Presse diese von uns bereits vor einiger Zeit mitgetheilte Absicht mit komödienhafter Entrüstung in Abrede gestellt hat, so veröffentlichen wir den Wortlaut des vorletzten in dieser Angelegenheit seitens des Ministers an die Eisenbahn-Direktionen ergangenen Erlasses vom April dieses Jahres. Der Wortlaut dieses Erlasses hat ein weit über die Kreise der Eisenbahn-Direktionen hinausgehendes allgemeines Interesse. Er lautet wörtlich:

Der Minister
der öffentlichen Arbeiten.
IV B. 4786.

Unter Hinweis auf die Erlasse vom 15. April — IV B. 4187 — veranlasse ich die königliche Eisenbahndirektion, mir binnen vier Wochen eine Nachweisung über die Zahl der gegenwärtig im Betriebsdienste und bei Eisenbahn-Neubauten (Bau neuer Bahnstrecken, Bahnhofsbauten 2c.) beschäftigten ausländischen Arbeiter (soweit möglich, nach ihrer Staatsangehörigkeit getrennt) einzureichen. Die Nachweisungen sind für die Betriebsverwaltung und die Neubauverwaltung gesondert aufzustellen und für die Betriebsverwaltung nach Werkstätten-, Stations- und Streckenarbeiten zu scheiden. Bezüglich der Neubauverwaltung ist zugleich die Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter anzugeben.

Zugleich sehe ich einer Aeußerung darüber entgegen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfange es thunlich ist, in der Betriebsverwaltung, und soweit beim Neubau Regie-Arbeiten ausgeführt werden, auch in diesem **ausländische Arbeiter** vorübergehend, z. B. als Saison-Arbeiter zu verwenden.

Zur Milderung des in der Landwirthschaft herrschenden Arbeitermangels würde es beitragen, wenn zu den Eisenbahn-Neubauten, bei denen die Arbeitsgelegenheit naturgemäß nur eine vorübergehende ist, wenigstens in gewissen Landestheilen in **größerem Umfange** als bisher **ausländische Arbeiter** herangezogen werden könnten. Die königlichen Eisenbahndirektionen wollen sich darüber aussprechen, ob sich in dieser Beziehung auf die Unternehmer durch Aenderung der Verträge und in sonst geeigneter Weise mit Erfolg einwirken läßt und ob eine derartige Maßnahme ohne wesentliche Schädigung fiskalischer und sonstiger berechtigter Interessen ausführbar erscheint.

Thielen.

An die
Königlichen Eisenbahndirektionen.

Ist dieser Erlaß vaterlands- und staatsfreundlich?

Zwei Ansichten stehen sich gegenüber. Die Ansicht der Kraut- und Schlotjunker geht dahin: Profit und Rente der wenigen Reichen sei Zweck des Staates. Diese „Patrioten" führen die Worte „national", „patriotisch" stets im Munde und treten begeistert dafür ein, daß an stelle der deutschen Arbeiter ausländische in Deutschland arbeiten und — mögen immerhin die deutschen Arbeiter verhungern oder auswandern. Diese Talmi-Patrioten und Sammlungsbrüder sind gewiß über den oben veröffentlichten Erlaß hocherfreut.

Die Ansicht der erwerbsthätigen und arbeitenden Bevölkerung ist gerade entgegengesetzt. Sie meint, nicht die Höhe des Profits und der Rente der wenigen Reichen, sondern das Wohlergehen der Gesammtheit bestimme die Größe des Vaterlandes. Der Wohlfahrt des Vaterlandes handelt der zuwider, der den inländischen Arbeiter benachtheiligt oder gar die Schmutzkonkurrenz ausländischer Lohnsklaven noch künstlich steigert. Schon der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht verbietet das Verdrängen der inländischen durch ausländische Arbeiter. Eine Richtung, die die inländischen Arbeiter durch Konkurrenz von Ausländern benachtheiligt, greift die Grundlagen des Staates an. Wenn nun gar die Heranziehung ausländischer Arbeiter den reichsten Leuten im Lande noch billigeres und willigeres Arbeitermaterial verschafft, so ist die, wenngleich unbeabsichtigte Folge solcher Heranziehung eine jedes Kulturstaates unwürdige Unterstützung der krassesten Ausbeutung.

Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands möge es sich daher angelegen sein lassen, über die gemeinschädlichen Versuche der Verdrängung deutscher Arbeiter durch ausländische ihre eigenen Genossen und die Gesammtheit der Arbeitsthätigen aufzuklären. Gebt am 16. Juni die Antwort auf die Pläne, Euch des Vaterlandes zu berauben! Führt der Sozialdemokratie neue Kämpfer zur Beschleunigung des Sieges der Arbeiter über das vaterlandslose Kapital zu!

Wahlkampf.

Die Wohlthaten der Arbeiterversicherung.

Unter diesem Titel speist das preußische Wahlministerium durch die „Berliner Korrespondenz" die gutgesinnten, aber geistig armen Blätter Berlins und der Provinz soeben mit einem neuen Waschzettel.

Eigentlich wissen wir nicht recht, was die langen Ziffernreihen über Krankengelder, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten — gegen die Sozialdemokratie beweisen sollen. Denn die Sozialdemokratie ist heute bekanntlich die einzige Partei, die für energische Fortbildung der Arbeiterversicherung kämpft. Die Konservativen mußten schon 1889 halb mit Gewalt zur Annahme des Alters- und Invalidengesetzes gedrängt werden; die Agrarier bremsen noch heute darauf, alle Lasten dieses Gesetzes abzuschütteln. Selbst das Zentrum hat hier für die Arbeiter der Landwirthschaft und des Handwerks Aufhebung des Versicherungszwanges beantragt. Die Stellung des Freisinns war von jeher ablehnend. Soweit also die Arbeiter wirklich Werth auf diese Versicherungen legen, sie nicht untergraben, sondern fortgebildet sehen wollen, müssen sie schon Sozialdemokraten wählen, trotz der „Berliner Korrespondenz".

Die Sozialdemokratie hat gegen die Gesetze seinerzeit nur deshalb gestimmt, weil sie eine reichlichere Entschädigung der vorübergehend oder dauernd Arbeitsunfähigen, eine gerechtere Lastenvertheilung zwischen Unternehmern und Arbeitern und eine freiere Selbstverwaltung der Versicherten wünschte, und weil außerdem vom Fürsten Bismarck die Versicherung gegen den viel bedeutsameren Arbeiterschutz ausgespielt wurde. Heute wird selbst von weiterblickenden Unternehmern ein großer Theil dieser sozialdemokratischen Wünsche als berechtigt anerkannt. Wenn die im Zentralverband deutscher Industriellen vereinigten Großindustriellen vor anderthalb Jahren alle Versicherungsnovellen zum Scheitern brachten, weil zu viel Gutes darin stand, so wird man der Sozialdemokratie wohl auch das Recht zugestehen müssen, gegen ein Gesetz sich zu erklären, das nach ihrer Meinung zu viel Schlechtes enthielt. Warum schreibt die „Berliner Korrespondenz" nicht lieber gegen den Zentralverband und seine Mamelucken unter den Sammlungspolitikern? Diese stehen der Entwickelung der Arbeiterversicherung heute viel mehr im Wege wie die Sozialdemokratie, ohne deren rege Mitwirkung der ganze Apparat von Kassen, Vertretungen, Schiedsgerichten überhaupt längst gar nicht mehr funktioniren könnte.

Die Leistungen der Versicherung hat die Sozialdemokratie niemals unrichtig dargestellt. Sie hat nur Uebertreibungen zurückgewiesen. Sie hat das Geschrei der Industriellen über ihre großen „Lasten" immer als Heuchelei angesehen. Das ist es und bleibt es angesichts folgender Zahlen:

Bei der Krankenversicherung finden wir 1895 — von den freien Hilfskassen abgesehen, bei denen die Arbeiter alles zahlen — 6,8 Millionen Arbeiter und 104 Millionen Mark Beiträge. Davon ein Drittel auf die Unternehmer, giebt noch nicht 35 Millionen Mark Beitrag des Kapitals, also pro Kopf des Arbeiters jährlich im Durchschnitt 5 Mark „Last".

Bei der Unfallversicherung finden wir 18,4 Millionen Versicherte und 68,4 Millionen Ausgaben. Hier leisten nur die Unternehmer Beiträge. Das ergiebt pro Jahr und Arbeiter 3¾ Mark „Last".

Die Alters- und Invaliditätsversicherung hat 1895 etwa 11½ bis 12 Millionen Versicherte umfaßt. Beiträge wurden 95,4 Millionen Mark geleistet, davon die Hälfte, also 47,7 Millionen durch die Unternehmer. Das ist im Durchschnitt pro Jahr und Arbeiter kaum 4 Mark „Last".

Zusammen sind das jährlich 12—13 M., oder monatlich 1 M. — ein Trinkgeld, über das man wahrhaftig nicht so viel zu schreien brauchte.

Dagegen zahlt der Arbeiter als Familienvater — Mann, Frau und drei Kinder gerechnet — jährlich über 30 M. allein durch die Getreidevertheuerung an den Großgrundbesitzer. Wohlgemerkt, bei 35 M. Brotzoll! Jahrelang hatten wir den 50-Mark-Zoll, bei dem der Arbeiter jährlich 43—44 M. „Last" für den Grundbesitz trug. Mit allen anderen Zöllen und indirekten Steuern zusammengerechnet — was hat man seit dem Ende der siebziger Jahre dem Arbeiter alles genommen und wie wenig hat man ihm in dem bischen Unternehmerbeitrag zur Versicherung gegeben!

Die „Berliner Korrespondenz" schließt komischerweise ihre unglückliche Strafpredigt gegen die Sozialdemokratie mit den Worten: „Der Ausbau der bestehenden sozialpolitischen Gesetze dürfte das sozialpolitische Ziel der nächsten Zukunft sein." Nachdem der Zentralverband Deutscher Industrieller befohlen hat, „gänzlich auf den Versuch zu verzichten, Mängel zu beseitigen", so lange auch nur Verbesserungen in Aussicht stehen, wie sie selbst das Zentrum billigte — überrascht diese tapfere Ankündigung der Regierung. Nur wagt sie nicht, den rechten Schluß daraus zu ziehen. Denn dieser müßte bei der engen Fühlung zwischen Zentralverband und Sammelpolitik heißen:

Wählt keinen Sammlungspolitiker!
Wählt sozialdemokratisch!

Ein neues Sozialistengesetz

aus Anlaß der Erfurter Krawalle (!) fordert die „Berliner Börsen-Zeitung". Nach ihrer Ansicht sind die Exzesse den Hetzereien sozialistischer Agitatoren zuzuschreiben, welche die die sozialdemokratischen Versammlungen besuchenden Handwerker so korrumpirt haben, daß ihr korrektes Denken und ihre moralischen Qualitäten dadurch erschüttert sind. Dazu komme, daß die sozialdemokratischen Blätter verhetzen und lügen und alle Dinge in eine Beleuchtung rücken, die darthun soll, welche heillosen Zustände bei uns herrschen und daß Regierung, Arbeitgeber und Besitzende nur den einen Wunsch haben, die armen Arbeiter zu knechten und ihrer wenigen Freiheiten zu berauben. Da es nicht ausgeschlossen sei, daß sich Putsche ähnlicher Art an anderen Orten wiederholen, deren Zweck nichts anderes sei, als Befreiung von künstlich gehäufter Erbitterungsspannung herbeizuführen, so muß natürlich ein neues Sozialistengesetz erlassen werden.

Auf diesen Unsinn etwas zu erwidern, ist überflüssig. Uns wundert nur, was König Stumm dazu sagt, daß das nationalliberale Blatt ihm den Rang abgelaufen hat. —

Das Wahlrecht auf die Tagesordnung gesetzt zu sehen

ist zwar der Regierung und den von ihr gesammelten Reaktionären höchst unbequem, aber es hat dem Volke genützt. Die Energie, mit der das Volk vor der Gefahr der Entrechtung gewarnt wird, hat so manche Aeußerung hervorgerufen, die beweist, wie sehr man vor der Reaktion auf der Hut zu sein hat. Es scheint nun festzustehen, daß, ganz abgesehen von den geheimen Absichten der Herren v. Miquel und seiner Bewunderer auch in der sächsischen und bayerischen Regierung der Kampf gegen die Grundrechte des deutschen Volkes geplant wird. Ueberaus charakteristisch ist nach dieser Richtung eine Aeußerung des amtlichen Organs der königlich sächsischen Regierung; dasselbe schreibt in seiner Pfingstnummer:

Zu unserer Freude lesen wir übrigens heute in den „Hamburger Nachrichten", daß auch sie eine Reform des Reichstags-Wahlrechts „nicht als Pudendum (als etwas, dessen man sich zu schämen habe) betrachten" würden. Da kommen wir ja zusammen; früher war das in diesem Punkte nicht der Fall. Die Unwahrheit des Stichwortes, daß das allgemeine Wahlrecht in Gefahr sei, liegt lediglich darin, daß Zentrum und Sozialdemokratie dahingehende Reformpläne der Regierung und einzelnen Parteien unterschieben. Eine Anzahl nicht unter dem Fraktionszwang stehender Blätter, darunter wir, haben aus ihrer Ueberzeugung von der Reformbedürftigkeit dieses Wahlrechtes niemals ein Hehl gemacht, auch gegenüber jenem Stichwort nicht. Aber so lange wir mit dieser Ueberzeugung nicht die Mehrheit der Parlamentarier und die Regierung gewonnen haben, besteht für das allgemeine Wahlrecht keine Gefahr.

Daß es sich hierbei nicht um die private Stilübung irgend eines unverantwortlichen Redakteurs, sondern um die Meinung der sächsischen Regierung handelt, ist unzweifelhaft. Herr v. Metzsch, der oberste Chef der „Leipziger Zeitung", der Mann, der das Landtags-Wahlrecht verschlechtert hat, ist heute noch am Ruder und ihm ist das Reichstags-Wahlrecht, das in vierzehn Tagen zeigen wird, wie seine Politik dem Volke mißfällt, ein Dorn im Auge. In seinen Händen ist das allgemeine, gleiche direkte und geheime Wahlrecht in schlechter Hut. — Was sagt der Verfasser der Ableugnungen im „Reichs-Anzeiger" zu der erfrischenden Offenheit der sächsischen Amtskollegin?

Herr v. Feilitzsch in Bayern ist kein besserer Wahrer der Volksrechte wie Herr v. Metzsch in Sachsen. Die national-soziale „Hilfe" ist heute in der Lage, mit einer bedeutsamen Enthüllung über die dem Wahlrechte gestellten Fallstricke zu berichten. Das Organ des Pastors Naumann, das mit Beamtenkreisen gute Fühlung zu halten weiß, schreibt:

Uns ist „aus sehr guter konservativer Quelle" der Name eines hohen, einflußreichen bayerischen Beamten und Bundesrathsbevollmächtigten genannt worden, der im Jahre 1893 bereits einen fix und fertig ausgearbeiteten Wahlgesetzentwurf vorgelegt habe... Auf jeden Fall haben wir Grund anzunehmen, daß die Sorge um Rückwärtsrevidirung des Reichswahlrechts begründet ist. Unsere Besorgniß wird auch durch den neuesten offiziösen Ableugnungsversuch des „Reichs-Anzeigers" nicht verringert, weil eine Sache nicht glaubwürdiger wird, wenn man sie in derselben Form zweimal sagt.

Der nicht selten offiziöse „Hamb. Corr." schreibt:

„Die Verpflichtung, die allem Gerede ein Ende machen würde, nun und nimmer an eine Abänderung des Reichswahlrechts zu denken, kann und darf die Regierung gar nicht auf sich nehmen."

Die Verpflichtung, an der Vermehrung der Marine stets festzuhalten, ist die Regierung jederzeit bereit, zu übernehmen.

Die „Leipz. N. Nachrichten" stellen sich auch nicht so, als ob sie eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts für eine Utopie hielten. Sie sagen:

Und ist denn schließlich das Wahlrecht so absolut intangibile (unantastbar)? Es giebt kein politisches Dogma, an dem zu rühren ein Verbrechen wäre, und wenn man auch nicht ohne genügende Noth an der Reichsverfassung modeln soll, so kann man sich doch wohl vorstellen, daß noch Vervollkommnungen möglich sind.

Alle Ableugnungen, und seien sie selbst von — Herrn v. Miquel stilisirt, helfen nicht mehr. Das Volk weiß, daß sein größtes, wichtigstes politisches Recht in Gefahr ist, es würde seinen Gegnern recht geben, sich selbst ein Zeugniß politischer Unreife ausstellen, wenn es nicht aufs peinlichste bedacht wäre, in den Reichstag Leute zu wählen, die ehrlich und ohne jeden Vorbehalt zu dem verfassungsmäßigen Wahlrechte stehen. —

Gegen das Reichstags-Wahlrecht

hat sich, wenn auch in verschleierter Form, der Abg. Möller erklärt, indem er zwar die Aufhebung des garantirten Wahlrechts als Verbrechen bezeichnete, aber sofort hinzufügte, daß das Verbrechen (Mißbrauch des Wahlrechts) aber dennoch zur Aufhebung führen könne. Aus dem nationalliberalen Deutsch in die gewöhnliche Sprache übersetzt, heißt das nichts anderes, als daß, wenn eine größere Anzahl Sozialdemokraten gewählt wird, das Wahlrecht abgeändert werden muß. Es ist charakteristisch, daß Herr Möller, der ja in wirthschaftlichen Fragen sich bereits mit Haut und Haaren den einst so bitter befehdeten Agrariern verkauft hat, der Mann, der offen für einen erhöhten Getreidezoll eintritt, nunmehr auch die politischen Rechte den Arbeitern entreißen will. Herr Möller kann es nicht verschmerzen, daß er durch unseren Genossen Dr. Litzenau aus dem Reichstage verdrängt ist und will nun auf alle Fälle wieder gewählt werden; auf grund welchen Programms scheint ihm ganz gleichgiltig zu sein.

Zum Attentat auf das allgemeine Wahlrecht.

Am 24. Mai wurde in einer zu Berlin, Hotel Alexanderplatz, abgehaltenen Versammlung der „konservativen und gemäßigt liberalen Wähler des Kreises Niederbarnim" der konservative Landtags-Abgeordnete, früherer Führer der Berliner antisemitischen Stadtverordnetenfraktion, Oberlehrer Professor Dr. Irmer, als Kandidat aufgestellt. Ueber die Stellung dieses erzreaktionären konservativen

Abgeordneten zum Wahlrecht giebt folgender Passus seiner Rede Auskunft:

„Der Reichstag müsse die Rechte der verbündeten Regierungen schützen und aus diesem Grunde jeden Gedanken eines parlamentarischen Regiments abweisen. Selbstverständlich verlange man auch, daß der Reichstag die Rechte des Volkes gegenüber der Regierung wahre, und falle es deshalb den Konservativen gar nicht ein, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht jetzt anzugreifen. Auch liege augenblicklich kein Anlaß dazu vor, wenn er auch nicht annehme, daß dieses Wahlrecht für alle Ewigkeit das beste sein müsse. Denn es sei ein netter Zustand, daß eine Stadt wie Hamburg, die durch den Handel groß geworden, lediglich drei Sozialdemokraten in den Reichstag entsendet und keinen Vertreter des Handels. Man werde versuchen müssen, diesen Uebelstand auf dem Boden der bestehenden Verfassung zu beseitigen. Ebenso müsse das Dreiklassen-Wahlrecht für den Landtag beibehalten werden, das ein passendes Gegengewicht gegenüber dem Reichstags-Wahlrecht sei."

Die „Kreuz-Zeitung" wird auch trotz dieser Auslassungen ihres bereits durch die Berliner Kommunalwahlen als Stadtverordneter und durch die letzten Reichstagswahlen als Reichstags-Abgeordneter ausgemusterten Gesinnungsgenossen bestreiten, daß die konservative Partei eine Aufhebung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts beabsichtige. „Augenblicklich", so lange das Kartell die Mehrheit nicht hat, liegt „kein Anlaß" zu einer Beseitigung dieses Wahlrechts vor. Wie aber, wenn das Kartell die Mehrheit hätte? Sorge der deutsche Wähler dafür, daß am 16. Juni die Wahlrechts-Attentäter aus dem Reichstag ausgemustert werden.

Der alldeutsche Verband und das Reichstagswahlrecht.

Herr Prof. Dr. Hasse, der geschäftsführende Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, sendet uns unter unnöthiger Berufung auf das Preßgesetz eine Berichtigung folgenden Inhalts:

„In der Nr. 122 des „Vorwärts" vom 27. Mai 1898 heißt es unter anderem:

„Es wäre recht interessant zu erfahren, wie der Herr Vorsitzende des „Alldeutschen Verbandes" (Prof. Hasse), sich zu den von dem Verbande offiziell herausgegebenen Flugschriften, insbesondere zu der tiefsinnigen Broschüre eines Dr. Johannes Unold: „Ein neuer Reichstag Deutschlands Rettung" (München J. F. Lehmann 1898) stellt . . .

Monate sind verflossen, seitdem diese Schrift erschienen und kein „nationales" Blatt hat gegen diese Vorschläge und ihre Tendenz protestirt!"

Darauf habe ich zu erwidern, daß das Organ des Alldeutschen Verbandes die „Alldeutschen Blätter" schon in der Nummer vom 25. April 1897 erklärt hat, daß der Alldeutsche Verband mit der Broschüre nichts gemein hat, als — den Verleger.

Es handelt sich also nicht um eine Veröffentlichung, noch viel weniger um eine offizielle, des Alldeutschen Verbandes und der vom „Vorwärts vermißte Protest ist schon vor dreizehn Monaten erfolgt."

Wir müssen reuig bekennen, daß wir seit langem auf die Lektüre der „Alldeutschen Blätter" Verzicht geleistet haben, wir wissen deshalb auch nicht und erfahren leider aus der Zuschrift des Herrn Professor Hasse nicht, wie die „Alldeutschen Blätter" gegen die Arbeit des Dr. Unold protestirt haben. Die Bemerkung, daß der Alldeutsche Verband mit der Broschüre nichts gemein habe, als den Verleger, ist erstens eine sehr milde, wenn überhaupt eine Abwehr der volksfeindlichen Tendenzen der Broschüre des Dr. Unold und zweitens falsch, denn Dr. Unold ist als Verfasser einer Reihe von Broschüren, die der Alldeutsche Verband unter dem gemeinsamen Titel: „Der Kampf um das Deutschthum" herausgiebt, vielleicht von dem „geschäftsführenden Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes" in höchst eigener Person gewonnen worden.

Wir möchten Herrn Professor Dr. Hasse rathen, die Berufungen auf das Preßgesetz nicht zu mißbrauchen und lieber offen, klar und deutlich zu sagen, wie der Alldeutsche Verband sich zum Wahlrecht der an Kolonial- und Dampfersubventions-Spekulationen nicht betheiligten Glieder des deutschen Volkes stellt.

Gesindel.

Die „Berliner Politischen Nachrichten" schreiben über „Die Preisgebung der Arbeiterinteressen seitens der Sozialdemokratie". Der Artikel, in dem Lügen und Gemeinheiten einen Wettlauf laufen, schließt mit den Worten:

Aus keinem anderen Grunde, als um den Arbeitern dessen Vortheile vorzuenthalten, hat die Sozialdemokratie bis zum letzten Augenblicke dem Zustandekommen des Flottengesetzes auf das erbitterste opponirt!"

Diese Worte beleuchten den ganzen Artikel, der zeigen soll, wie viel Arbeitsgelegenheit durch Annahme des Flottengesetzes geschaffen worden sei, und wie die Sozialdemokratie diese Vortheile für die Arbeiter nicht mag, weil sie „für ihre Zwecke gar kein auskömmlich situirten Arbeiter, desto besser die Leute gebrauchen kann, die durch das Gespenst des Mangels, der Noth, des Elends, der Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung getrieben, zu allem fähig sind . . ."

Wenn die Bewilligung von Rüstungsforderungen deshalb geschehen soll, weil dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, so ist die schöne Konsequenz davon: Je mehr Rüstungen, um so höher die Wohlfahrt des Volkes. Man bewillige 100 Millionen Soldatenröcke, 1000 Panzerschiffe, 10 000 Kanonen und so fort. Dann giebt's Arbeit in Hülle und Fülle. Während aber unter natürlichen Verhältnissen ein Arbeiter mit dem anderen Arbeiter die verschiedenartigen Arbeitsprodukte austauscht, so daß jeder sein Ganzes genießt, muß im Staat des Militarismus der Arbeitende in Steuerform das Geld geben, womit er seine Erzeugnisse bezahlt bekommt. Der Theil des Volkes im Militärrock wird von der Arbeit des übrigen Volkes ernährt.

Wollte die Sozialdemokratie das, was ihr die „Berl. Pol. Nachr." frech unterstellen, nämlich die Verelendung der Arbeiterschaft, so müßte sie allerdings alle Militärforderungen bewilligen. Denn hierdurch würde der Theil des Arbeitsproduktes, der dem Arbeiter zur Deckung der Militärkosten abgenommen wird, immer größer; der Theil aber, der dem Arbeiter als eigenes Einkommen verbleibt, wird immer kleiner, seine Lage also immer elender.

Es bedarf im übrigen keines weiteren Wortes, um die Gemeinheit der Behauptung, die Sozialdemokratie wolle keinen auskömmlich situirten Arbeiter u. s. w., zu charakterisiren.

Wenn das Gespenst des Mangels und des Elends bei den Arbeitern umgeht, so mögen sich die famosen „Berl. Pol. Nachr." an ihre Kreise wenden. So mögen ihre konservativen Junker die Lage der Landarbeiter, ihre nationalliberalen Schlotherren die Lage ihrer Lohnsklaven, ihr Miquel die Situation der Staatsarbeiter und kleinen Beamten auskömmlich gestalten!

Freiherr v. Stumm

stößt nach den Bündlerblättern auf eine stärkere, agrarische Opposition, als er wohl geglaubt hatte. Jedenfalls ist an eine Zurückziehung der Kandidatur Crönert nicht zu denken. Auch das Zentrum ist jetzt mit seinem Kandidaten hervorgetreten. Zu den jüngst veranstalteten Wählerversammlungen kam der Hüttenkönig „mit Extrazug und von über hundert sicheren Anhängern umgeben."

1893 hatten sich die Stimmverhältnisse in Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim folgendermaßen gestaltet. Wahlberechtigte gab es 81 488, davon wählten 25 606, also 83 pCt. Freiherr v. Stumm erhielt 15 644 Stimmen, der Zentrumskandidat Graf v. d. Schulenburg 9178, die Freisinnige Volkspartei 610, die Sozialdemokratie (Jacob Thome) 138, zersplittert waren 36, ungiltig 580 Stimmen.

Zentrum und Bund der Landwirthe.

Die bündlerische Opposition in den rheinisch-westfälischen Zentrumskreisen ist offenbar zu spät gekommen, um noch viel gegen die alte, wie es scheint gut funktionirende Partei-Organisation ausrichten zu können. In einzelnen Kreisen bohrt und wühlt es jedoch weiter.

In Hamm-Soest hatte man auf eine Kandidatur des Frhrn. v. Ketteler, des bekannten Briefschreibers an die „Deutsche Tageszeitung", gerechnet. Nachdem die durch Aufstellung eines „Ober-Landesgerichtsraths aus Köln" vereitelt ist, wollen viele katholische Landwirthe ihre Stimme dem Kandidaten des Bundes und der Konservativen, Paul Sümmermann auf Scheda, geben.

Der Rheinische Bauernverein, das Gegenstück zu Schorlemer's westfälischer Gründung, hatte bekanntlich am 11. Mai in Köln eigene Vertreter für die Zentrumsfraktion gewünscht und sofort für Cleve-Geldern Herrn Schreiner, seinen „volkswirthschaftlichen Kommissar", in Aussicht genommen. Das Zentrums-Wahlkomitee des Kreises hat jedoch, trotz des Eintretens des agrarischen Grafen Loë für Schreiner, an Dr. Marcour, dem bisherigen Abgeordneten und früheren „Germania"-Redakteur, festgehalten. Die Bündler erwarten, „daß nunmehr die Aufstellung des Herrn Schreiner im Gegensatz zu der Dr. Marcour'schen Kandidatur in diesen Tagen erfolgen wird."

Freisinnige Aussichte.

Die „Freisinnige Zeitung" wirft uns vor, daß die von uns gegen sie vorgebrachten Thatsachen aus dem Zusammenhang gerissen und in tendenziöser Weise verdreht sind. Unser Material soll aus allen Winkeln und Ecken derart zusammengefaßt und verlogen zurechtgemacht sein, daß auch die Angegriffenen selbst oft des wirklichen Sachverhalts sich gar nicht mehr erinnern. Wenn die „Freisinnige Zeitung" es bei dieser Gelgenheit für geschmackvoll hält, von einem „ausrangirten Rechtsanwalt" zu sprechen, der eigens zu dem Zwecke vom „Vorwärts" beschäftigt wird, um lügenhafte Waschzettel für die sozialdemokratischen Agitatoren auszuarbeiten, so mag eine solche Bezeichnung ihren Begriffen von publizistischem Anstand ja entsprechen; wir haben andere Begriffe von Anstand und gutem Ton; aber wir wollen ihnen ihre Ausdrucksweise um so mehr verzeihen, als es menschlich erklärlich ist, daß eine Partei, je näher ihr Zusammenbruch rückt, um so rüpelhafter sich geberdet. Uebrigens hat die „Freisinnige Zeitung" wieder falsch auf den Busch geklopft. Was aber die Sache selbst anbelangt, so bedauern wir es, daß die „Freisinnige Zeitung", statt einfach die Richtigkeit des von uns vorgebrachten Materials zuzugeben, den Sachverhalt verdreht und uns als Lügner hinzustellen sucht. Wir haben bekanntlich den Freisinnigen auf grund der stenographischen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nachgewiesen, daß ihr Vertreter in der Budgetkommission zusammen mit den Konservativen für die Gehaltserhöhung der mittleren und höheren Beamten gestimmt, aber die unteren Beamten völlig übergangen hat. Diesen einfachen und klaren Thatbestand verdreht nun das freisinnige Organ, indem es behauptet, es habe sich bei der Abstimmung nur um die Spezialfrage gedreht, ob die Richter im Gehalt den Regierungsräthen gleichzustellen seien. Das ist einfach erlogen; es handelte sich darum, ob nach dem Vorschlage der Regierung nur die höheren und mittleren Beamten aufgebessert oder ob auch die unteren Beamten bedacht werden sollten. Das Zentrum unter Führung des Abg. Rintelen machte seine Zustimmung zu dem Besoldungsplan davon abhängig, daß auch die Unterbeamten in ihren Gehältern aufgebessert würden. Der Abgeordnete Rintelen beantragte ausdrücklich, den Besoldungsplan abzulehnen und die Regierung aufzufordern, einen anderweiten Plan vorzulegen, nach welchem auch die Unterbeamten berücksichtigt werden. Gegen diesen Antrag sprach u. a. der freisinnige Abg. Ehlers und zwar lediglich aus Opportunitätsgründen, damit überhaupt etwas zu stande käme. Wäre der Antrag Rintelen angenommen worden, so wären allerdings die höheren und mittleren Beamten im vorigen Jahre leer ausgegangen, ohne Zweifel aber hätte sich die Regierung, schon um die Unzufriedenheit in den höheren Beamtenkreisen nicht noch zu vergrößern, dem Wunsche des Landtages gefügt und einen neuen Besoldungsplan eingereicht. Um diesen Kernpunkt der ganzen Frage geht die „Freisinnige Zeitung" herum und greift einen ganz nebensächlichen Punkt heraus, um ihre Parteigenossen als Freunde der Unterbeamten hinzustellen.

Ganz ähnliche Verdrehungen des wahren Sachverhalts leistet sich das freisinnige Blatt in bezug auf das Verhalten ihrer Freunde beim Lehrerbesoldungs-Gesetz und bei anderen Fragen, um dann zum Schluß uns vorzuwerfen, daß wir durch unsere Taktik zu den preußischen Landtagswahlen die Reaktion stärken. Auf diese Frage heute näher einzugehen, dazu liegt für uns keine Veranlassung vor; wir wollen nur noch darauf hinweisen, daß wir uns nicht, wie es die „Freisinnige Zeitung" darstellt, darüber beklagt haben, daß für die Vertretung freiheitlicher Interessen zu wenig Mitglieder im Abgeordnetenhause vorhanden sind, sondern darüber, daß diese wenigen Mitglieder im entscheidenden Augenblick stets zusammenklappten und muthlos geworden sind.

Charlottenburger Freisinn.

In keinem der gegnerischen Flugblätter, die uns zu Gesicht gekommen sind, wurde die Sozialdemokratie wegen ihrer parlamentarischen Thätigkeit angegriffen. Hier ist sie auch in den Augen der Gegner unangreifbar. Dagegen greift man sie überall wegen ihrer Zukunftsbestrebungen an und zwar mit jenem Unverständniß und jener Verlogenheit, durch die sich unsere Gegner stets auszeichnen, sobald sie auf dieses Kapitel kommen.

Ein Flugblatt, das im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg zu gunsten des freisinnigen Kandidaten Dr. Bernstein verbreitet wird, ist ein neues Beispiel hierfür. In dem betreffenden Flugblatt heißt es mit bezug auf uns.

„Die Sozialdemokratie will nach ihrem Programm, daß kein Mensch irgend etwas besitze. Alles soll dem Staate gehören, ein jeder, selbst wenn er noch so tüchtig ist, muß sich jedes Kleidungsstück und jedes Stück Brot, das er ißt, erst von der Gunst des Beamten des sozialdemokratischen Zukunftsstaates erbitten. Diese Beamten werden, da ihre Macht eine ungeheure ist, noch einen größeren Mißbrauch der Macht betreiben und betreiben können, als je irgend ein Beamter des heutigen Staates es wagen würde."

Und unmittelbar hinter diesem Gallimathias leistet sich der Flugblattschreiber folgenden Satz:

„Die Sozialdemokratie verheimlicht zwar ihre Ziele, aber wer dieselben genau kennen lernen will, der lese nur das Buch des Herrn Bebel, in dem die Dinge genau so beschrieben werden, wie sie hier angegeben sind."

Der Flugblattschreiber weiß, daß er mit diesen Sätzen eine Lüge über die andere schrieb und Dr. Bernstein weiß dies ebenfalls. Das zeigt, welch Geistes Kind beide sind.

Die Sozialdemokratie rechnet im Wahlkampf mit der Einsicht der Wähler, die freisinnigen und sonstigen Gegner spekuliren auf ihre Dummheit. So stellt sich mit zwei Worten der Wahlkampf dar.

Flugblätter mit Reklame für den Kandidaten

scheinen das neueste Produkt auf dem Gebiet der aus geschäftlichen Rücksichten betriebenen Politik zu sein. So liegt uns ein freisinniges Flugblatt eines Wahlkreises in der Nähe von Berlin vor, das neben dem Namen des Kandidaten, eines praktischen Arztes, auch die vollständige Angabe seiner Wohnung enthält. Wie wir hören, soll auf einer neuen Auflage auch die Sprechstunde verzeichnet werden.

In Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie

ergeht sich fortgesetzt die Charlottenburger „Neue Zeit", das Organ der freisinnigen Volkspartei und ihres Kandidaten, des Herrn Dr. Bernstein, von dessen Verdrehungskunst wir bereits wiederholt einige Beispiele angeführt haben. Die Taktik der Herren ist ja zur Genüge bekannt: Die Reden unserer Genossen werden gefälscht und entstellt, das Schlußwort in den von freisinniger Seite einberufenen Versammlungen dehnt der Referent so lang aus, daß eine Erwiderung auf die vielen Unwahrheiten unmöglich ist, und wenn dann der Reichstags-Kandidat Dr. Bernstein aufgefordert wird, in öffentlicher Versammlung seine gegen die Sozialdemokratie aufgestellten Behauptungen zu beweisen, so wählt er den besseren Theil der Tapferkeit, die Vorsicht, und zieht es vor, überhaupt nicht zu erscheinen. Statt dessen werden dann in seinem Leibblatt, der „Neuen Zeit" die Lügen wiederholt. Fast täglich bringt das Blatt einige Angriffe gegen unsere Partei, die aber meist so inhaltslos und dumm sind, daß es nicht der Mühe lohnt, davon Notiz zu nehmen. Sachlich können die Herren gegen uns nichts vorbringen, um so eifriger ergehen sie sich in gehässigen hinterlistigen persönlichen Beschimpfungen unseres Genossen Zubeil, die ausnahmslos der Grundlage entbehren. Würde die „Neue Zeit" sich anständiger Waffen bedienen und sachlich vorgehen, so würden wir es für nöthig halten, ihre Behauptungen zu widerlegen, aber mit einem Gegner zu streiten, dessen einzige Waffe die Verleumdung bildet, halten wir für unter unserer Würde. Im Vergleich mit der „Neuen Zeit" ist selbst die „Freisinnige Zeitung" ein Muster von Wahrheitsliebe.

Wahlpflicht für Eisenbahnbeamte und Arbeiter.

Das Amtsblatt der königlichen Eisenbahn-Direktion Breslau enthält folgende Bekanntmachung:

„Besondere Pflicht der in einem staatlichen Betriebe beschäftigten Beamten und Arbeiter ist es, das jedem Staatsbürger verfassungsmäßig zustehende Wahlrecht auszuüben. Indem wir hierauf aufmerksam machen, weisen wir die Dienstvorsteher an, denjenigen wahlberechtigten Bediensteten, welchen das Amtsblatt nicht unmittelbar zugängig gemacht wird, hiervon in geeigneter Weise Kenntniß zu geben und dafür Sorge zu tragen, daß, soweit dies der Dienst irgend zuläßt, den Beamten und Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, sich sowohl an den am 16. Juni d. J. stattfindenden Wahlen zum Reichstage, als auch an den demnächstigen Wahlen zum Hause der Abgeordneten zu betheiligen. Obwohl die Wahl zum Reichstage nicht auf einzelne Stunden des Tages beschränkt ist, sondern am ganzen Tage ausgeübt werden kann, so darf bei diesen Wahlen den Arbeitern die Ausübung der Wahl je nach den Umständen während der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung gestattet werden. Für die durch die Betheiligung an den Wahlen zum Hause der Abgeordneten versäumte Arbeitszeit ist den Arbeitern eine Lohnvergütung zu gewähren."

Hoffentlich geben die Dienstvorsteher nicht in der Weise von der Verordnung Kenntniß, daß sie den Arbeitern auch gleich einen der Eisenbahndirektion genehmen Kandidaten empfehlen.

Aus dem ganzen Erlasse geht auch hervor, daß die Betheiligung an den Landtagswahlen, wo öffentliche Stimmabgabe herrscht, lieber gesehen und mehr erleichtert wird als die Betheiligung an der Reichstagswahl mit dem ††† geheimen Wahlrecht. —

Wahlen und Landwehrübung.

Die vierzehntägige Landwehrübung, die für den Landwehrbezirk Frankfurt a. M. am 17. Juni beginnen sollte, ist auf den 28. Juni verschoben worden.

In Berlin und Brandenburg sah man sich zu derartigen eigentlich selbstverständlichen Maßnahmen nicht veranlaßt.

Wie der Herr Landrath über Gesetzesverletzungen urtheilt.

Unsere Leser werden sich wohl noch der Verhaftung zweier Genossen in Dänischenhagen bei einer Flugblattverbreitung erinnern. Auch über den weiteren Verlauf der Angelegenheit haben wir berichtet. Wie jetzt unser Kieler Parteiorgan mittheilt, hat auf die ergangene Beschwerde der beiden Genossen der Landrath in Eckernförde geantwortet. Aus dem langen Aktenstück entnehmen wir folgende charakteristische Stellen: — — „Dem Gendarmen Wilke II war aber nicht bekannt, daß die kaiserliche Verordnung vom 22. April d. J. inzwischen erlassen war; derselbe hat vielmehr hiervon erst am 2. Mai d. J. durch das zum amtlichen Gebrauche von der Redaktion des Amtsblattes der königlichen Regierung ihm zugegangene Stück Nr. 17 des Amtsblattes vom 30. April d. J., und zwar speziell durch die in demselben auf Seite 187 veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 24. April d. J., durch welche, unter Bezugnahme auf die kaiserliche Verordnung vom 22. April d. J., der Tag für den Beginn der Auslegung der Wählerlisten festgesetzt ist, Kenntniß erhalten. Unter bewandten Umständen war der Gendarm Wilke nicht allein berechtigt, sondern nach seiner Instruktion verpflichtet, Sie anzuhalten und da Sie sich dem Gendarm gegenüber nicht in hinreichender Weise über Ihre Person, sowie auch darüber, daß und wo Sie seß- und wohnhaft sind, ausweisen konnten, der Ortspolizei-Behörde, dem Ortsvorsteher in Heisch, zur weiteren Veranlassung vorzuführen. Der Militärpaß, welchen Sie dem Gendarm vorgezeigt haben, hat derselbe geglaubt, als Ausweis über Ihre Person bezw. als Legitimation nicht anerkennen zu dürfen, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen war, daß Sie sich unrechtmäßigerweise in den Besitz des Militärpasses gesetzt haben —"

Danach ist es also ganz vom Zufall abhängig, wenn das Amtsblättchen in Dänischenhagen die Bekanntgabe des Wahltermins beliebt und der Gendarm huldvollst davon Kenntniß nimmt, ehe der Verbreitung von Flugblättern der vom Gesetz gewollte Spielraum gegeben wird. Wunderbare Zustände!

Für den gewöhnlichen Menschen heißt es: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Nur der Herr Gendarm und der Landrath nehmen diesen Grundsatz für sich nicht in Anspruch. Warum? Schließlich könnte man doch nur wegen sehr geringer Fähigkeit für das Amt mildernde Umstände gelten lassen.

Verbotene Wählerversammlung.

Die für Dienstag, vormittags 11 Uhr, auf das Schlegel'sche Grundstück in Stemm bei Zwicku einberufene Volksversammlung, in welcher unser Kandidat W. Stolle über die Reichstagswahlen sprechen sollte, ist von der Amtshauptmannschaft aus lokalen Gründen verboten worden; zwei Versammlungen sind früher dort gestattet worden, eine verboten.

Zur Erleichterung der Stimmabgabe.

Zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts erging auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion des badischen Landtages folgende, von Mitgliedern aller Parteien der Zweiten Kammer unterzeichnete Zuschrift.

An
Großh. Ministerium des Auswärtigen
und der Eisenbahnen
in Karlsruhe.

Hohem Ministerium beehren wir uns folgende Bitte vorzulegen.

Um den Wählern, welche am Tage der Reichstagswahl bezw. Stichwahl außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind, die Ausübung des Wahlrechtes zu ermöglichen oder zu erleichtern, dürfte es sich empfehlen, eine außerordentliche Vergünstigung im Bahnverkehr auf der großh. bad. Eisenbahn und, soweit sie dem Einfluß des hohen Ministeriums unterstehen, auch auf den Nebenbahnen für die erwähnten Wahltage einzuführen.

In erster Reihe wird gewünscht, daß es den Personen, welche Wochenkarten mit der auf die Zeit von abends 5 Uhr bis früh 9 Uhr beschränkten Giltigkeit besitzen, gestattet werde, diese Fahrkarten schon von 12 Uhr mittags an zu benützen. Sollte es möglich sein, bei Fahrkarten anderer Art zu demselben Zweck Vergünstigungen einzuführen, so möchten wir darum ebenfalls bitten.

Wie man uns mittheilt, ist die königl. württemb. Regierung für die dortige Staatsbahn in derselben Weise um ein freundliches Entgegenkommen ersucht worden.

Karlsruhe, 28. Mai 1898. (Folgen 9 Unterschriften.)

Freiherr Zorn v. Bulach und Prinz Alexander v. Hohenlohe.

Freiherr Zorn v. Bulach, der bisherige Vertreter des elsässischen Wahlkreises Erstein-Molsheim im Reichstage, richtet an seine Wähler ein öffentliches Schreiben, in welchem er ihnen unter dem Ausdruck des Dankes für das ihm so lange Jahre hindurch geschenkte Zutrauen die Mittheilung macht, daß er für die bevorstehenden Wahlen kein Mandat mehr annehmen könne, weil die verantwortliche Stellung, die er als Unterstaatssekretär seit einigen Jahren im Dienste des Landes bekleide, seine volle Arbeitskraft und Thätigkeit in Anspruch nehme. Dieser löbliche Entschluß des Frhrn. Zorn v. Bulach, der zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Pflichten eines Dieners der Regierung mit denjenigen eines Volksvertreters sich nicht vereinigen lassen, wird dem bisherigen Abgeordneten für Hagenau-Weißenburg, dem Prinzen Alexander Hohenlohe-Schillingsfürst, zur Nachahmung empfohlen. Prinz Hohenlohe ist, wie bekannt, vor einigen Wochen vom Kaiser zum Bezirkspräsidenten von Lothringen ernannt

worden, hält aber trotzdem an der Kandidatur in dem bisher von ihm vertretenen Kreise fest, obwohl auch seine volle Arbeitskraft und Thätigkeit durch das ihm übertragene Amt eines der höchsten Verwaltungsbeamten des Landes in Anspruch genommen werden dürfte.

Es giebt noch Humor im Wahlkampfe.

War da kürzlich im Braunschweigischen eine Versammlung der Welfen. Ein biederes Bäuerlein präsidirte und der Kandidat, ein wirklicher Graf, stieg zum Volke herab, um ihm sein Evangelium zu verkünden. Aber kaum hatte er geendet, als auch schon ein sozialdemokratischer Redner die gräflichen Ausführungen unter dem Beifall der ganzen Versammlung zerzauste und zerpflückte und den sozialdemokratischen Kandidaten empfahl. Die Ausführungen unseres Genossen verfehlten selbst auf den Vorsitzenden ihre Wirkung nicht. Denn kaum hatte der Redner sich gesetzt, als der Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag machte, den sozialdemokratischen Redner — hochleben zu lassen. Und ehe ein Einwand möglich war, brauste auch schon das Hoch durch den Saal. Der Herr Graf machte ein langes Gesicht, verzichtete auf jede Widerrede und zog hoffnungslos von dannen.

Wahlschriften.

Gegen die Junker und für die Handels-Verträge! Ein Mahnwort an die Reichstagswähler von Heinrich Nicolai. Berlin 1898. Das Schriftchen geht von weiblich-freisinniger Seite aus und behandelt die Ziele des Sammlungsaufrufs, die entgegenstehenden Interessen des Industriestaates Deutschland, die Bedeutung der Handelsverträge im allgemeinen und des Konsumentenstandpunktes, den die Schutzzöllner so oft verhöhnen. Dabei laufen allerdings sehr bedenkliche Bastiat-Schulze'sche Redewendungen mit unter, wie:

> Nicht einmal die mit der Kuponscheere hantirenden Rentiers gehören zu den „Nichts-als-Konsumenten": auch sie helfen mit, neue Werthe zu schaffen, und oft nicht am wenigsten; nur daß ihr Handwerkszeug das Kapital ist.

Sonst ist an der Broschüre nichts auszusetzen. Ein Bedürfniß lag für sie jedoch kaum vor, da in allen oppositionellen Wahlhandbüchern der Gegenstand genügend erörtert ist, meist auch mit denselben Zitaten und Zahlen wie bei Nicolai. Darf die weibliche Linie des Freisinns etwa nicht auf Eugen Richter's ABC-Buch verweisen? —

Von der Agitation.

Die Pfingstfeiertage sind von unseren Parteifreunden zur fleißigen Arbeit für den Wahlkampf benützt worden. Ueberall zeigt sich ein reges Treiben und ein Eifer für unsere Sache, der lobend hervorgehoben werden muß. Flugblätter wurden verbreitet in Bremerhaven, im zweiten und fünften mecklenburgischen Wahlkreis, in Itzehoe 26 000 Exemplare, in Dillenburg-Westerwald 5000 Exemplare. Im Wahlkreise Reuß-Grevenbroich fanden unsere Parteigenossen eine sehr gute Aufnahme bei der Flugblattverbreitung. Auch konnten in Reuß zwei Versammlungen abgehalten worden, die recht gut besucht waren. In Euskirchen tagte am 30. Mai eine Wählerversammlung unter freiem Himmel, die von 700 Personen besucht war. Das Referat hatte Frau Zietz aus Hamburg übernommen, die in trefflicher Weise die Bedeutung des Wahlkampfes schilderte. Im Wahlkreis Weißenfels-Naumburg wurden 14 000, in Delitzsch-Bitterfeld 28 000 Flugblätter verbreitet. In Barneberg im Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben wurden wiederum einem Parteigenossen die Flugblätter vom Gemeindediener beschlagnahmt. Wie wenig dies übrigens den Gegnern nützt, geht daraus hervor, daß Barneberg am Nachmittag desselben Tages von anderen Genossen mit Flugblättern belegt wurde. Die „Magdeburger Zeitung" keift über die rührige Thätigkeit unserer Genossen und wirft die bange Frage auf: Wer wird siegen? Unser letztes Flugblatt sitzt ihr gewaltig im Magen, weshalb die Nationalliberalen und Konservativen zu gleicher Thätigkeit angestachelt werden. Bis zum Wahltag finden täglich eine oder mehrere von uns anberaumte Versammlungen in den verschiedenen Orten des Kreises statt.

Während der drei Pfingsttage referirte über die Bedeutung der Reichstagswahlen im Saalkreise der Abgeordnete Kunert in den Ortschaften Oppin, Löbejün, Giebichenstein, Westewitz, Möderau, Teicha und Umgegend. Die Menge der Versammlungsbesucher stand in den überfüllten Sälen Kopf an Kopf. Viele, die keinen Platz mehr in den Versammlungsräumen fanden, folgten den Ausführungen des Vortragenden, der bei geöffneten Fenstern sprach, von der Straße oder dem Hofe. In Wettin und in anderen Orten kam der Kandidat in Ermangelung von Sälen oft nur nach Ueberwindung größerer Schwierigkeiten in direkte persönliche Beziehung zu den Wählern treten. Jedoch ändert das an der Sache selbst nichts: Unsere Bewegung im Saalkreise geht vorwärts und darf dieselbe als eine vielverheißende bezeichnet werden.

Im Kreise Westprieznitz fand am Dienstag in Beetz eine größere Wählerversammlung auf dem Gehöft des Genossen Tölschow statt, zu der sich auch die Großbauern und Beamten zahlreich eingefunden hatten. Dr. Weyl wurde in seinem Referat von diesen Herren oft unterbrochen, aber nach einigen sehr energischen Zurechtweisungen verstummten sie, und der Referent konnte seinen Vortrag unter jubelndem Beifall beenden. Die Gegner schlichen sich unter Gelächter der Versammlung vom Hof. Dr. Weyl hatte die Herzen der Leute im Nu erobert, schnell schmückten sie den Wagen, der ihn zurückführte, mit Birkenreisern und drückten ihm einen Blumenstrauß in die Hand. Unter herzlichen Abschiedsrufen und Hüteschwenken ging es zurück nach Perleberg; die Versammlung hatte gut auf die Landleute gewirkt. Auch ist sonst die Stimmung für uns auf dem Lande eine vorzügliche und sind die Genossen von der größten Siegeszuversicht erfüllt.

In Kieferstädtl, einer Ortschaft in Oberschlesien, wurden vor kurzem unter recht eigenthümlichen Umständen Flugschriften beschlagnahmt, die jetzt auf Beschluß des Gleiwitzer Amtsgerichts nicht freigegeben werden, weil gegen die Verbreiter eine Untersuchung wegen groben Unfugs und „Störung der Sonntagsruhe" schwebt. Die Vertheilung geschah mittags um 1 Uhr, also nicht in der Kirchzeit, obgleich auch die Vertheilung der Schriften in der Kirchzeit nicht strafbar gewesen wäre. Der grobe Unfug soll dadurch begangen worden sein, daß gelegentlich ein Exemplar der Schrift den Bewohnern durchs Fenster hineingereicht wurde.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden in Dillenburg-Westerwald von den Sozialdemokraten August Bebel; in Heidelberg vom Zentrum Armbruster; in Nürnberg von den Konservativen Redakteur Gebert; in Zweibrücken von den Nationalliberalen und Bund der Landwirthe Landtags-Abgeordneter Leineweber; in Hagenau-Weißenburg vom Zentrum Michael Fleischel; in Alsfeld-Lauterbach von der freisinnigen Volkspartei Dr. Ehlers.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juni.

Besitz kontra Bildung. Wer ist der größte Feind der besitzenden Klasse? — Bis jetzt hat man allgemein geglaubt, die Sozialdemokratie gelte als solcher. Ja man ist weiter gegangen und hat die Sozialdemokratie als gemeinsame Gegnerin von Bildung und Besitz bezeichnet; die Besitzenden haben kein Mittel verschmäht, um die Arbeiterbewegung bei den Gebildeten in Verruf zu bringen. Es war gleichsam eine unlösliche Ehe zwischen Bildung und Besitz eingegangen, gegen die die revolutionäre Sozialdemokratie anstürmte. Und in der That, der Zweck ist vorübergehend nur zu gut erreicht worden: Auch die Gebildeten, worunter man den Kreis von Personen versteht, die durch ihren Beruf oder ein längeres Studium dem Staate oder der Gesellschaft oder bestimmten Klassen sich nützlich erweisen, haben die Sozialdemokratie lange Zeit geächtet und verfehmt. Jene Zeiten nun, wo Bildung und Besitz gleichsam eine untrennbare Einheit bildeten, waren mit dem Augenblicke vorbei, als die Gebildeten es wagten, berechtigte Forderungen der Sozialdemokratie anzuerkennen. Da schäumte der Besitz in heller Wuth auf und gab seine tiefinnerste Bildungsfeindlichkeit unzweideutig zu erkennen. Nun, heute ist sich die besitzende Klasse darüber einig, daß der größte Feind des Besitzes die vermeintliche Gattin — die Bildung ist. Ganz zweifellos ist der bestehende Gegensatz zwischen Bildung und Besitz auf der Delegirtenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller vom 29. April 1898 durch den Generalsekretär Bueck klargelegt worden. Nach dem offiziellen Verhandlungsberichte, der Ende Mai im Buchhandel erschienen ist, führte Herr Bueck aus:

> „Im übrigen, meine Herren, glaube ich, daß die sozialdemokratische Bewegung im Deutschen Reich nicht zugenommen hat. Dafür wird der Beweis in wenigen Wochen bei der Reichstagswahl gegeben werden; ob ich recht habe oder nicht, das wird sich dann zeigen. (Erst abwarten, Herr Bueck!) Aber, meine Herren, dagegen muß ich leider meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß die sozialistische Bewegung in den höheren Gesellschaftsschichten und überhaupt nicht sozialdemokratischen Kreisen eine ganz entschiedene Zunahme gehabt hat. Meine Herren, von dem Minister, der seinen Posten verläßt, um dann bei der Generalversammlung der Kathedersozialisten zu erscheinen, und, in offenbarer Verkennung der Zeitverhältnisse um 100 Jahre, den vierten Stand leben zu lassen, und von dem Professor der Nationalökonomie, der sich beeilt, den Hamburger Hafenarbeitern und den englischen Maschinenbauern sein Scherflein zu schenken, um sie zu kräftigen, daß sie dazu gelangen, ihren Fuß auf den Nacken der Arbeitgeber zu stellen, von diesen Leuten herunter bis zu den zahlreichen Geistlichen, die jetzt in Sozialpolitik arbeiten, meine Herren, und weiter abwärts bis zu dem christlichen Bergarbeiterverein, der jetzt gerade einen der verwerflichsten und am wenigsten motivirten Streik in unserem westfälischen Industriebezirk ins Leben gerufen hat (gemeint ist der Streik am Piesberg), in allen diesen Schichten zeigt sich das, was ich eingangs behauptet habe, daß die sozialistische Bewegung in unseren besseren Ständen und auch in solchen Arbeiterkreisen, die nicht zu den Sozialdemokraten gerechnet werden wollen, doch einen außerordentlichen Fortschritt gemacht hat. Ich weiß nicht, meine Herren, ob diese Bewegung vielleicht nicht **noch viel gefährlicher** ist wie diejenige der Sozialdemokratie. (Hört! hört! und Zustimmung).

Wir halten es für geboten, gerade vor den Wahlen noch die Bildungsfeindlichkeit der Unternehmerklasse aufzuzeigen. Bis jetzt galten die Junker und Agrarier als notorische Feinde jeglicher Bildung. Die Feindseligkeit gegen die Lehrer bei ihnen war und ist sprichwörtlich. Aber deren Haß gegen Bildung und intellektuellen Fortschritt war lange nicht so gefährlich wie dieser neue Vorstoß gegen die gebildete Schichte unserer Bevölkerung, der nunmehr von seiten der Schlotbarone erfolgt. Vom Freiherrn von Stumm weiß man es ja schon länger, daß er jede selbständige Bewegung in den Reihen der Gebildeten haßt wie den Tod; aber man nahm bisher noch an, Freiherr von Stumm sei mehr ein Don Quixote innerhalb seiner Klasse, der gar zu gern über die Schnur zu hauen pflege. Aber mit dem vorstehenden Angriff hat sich die stärkste und mächtigste Organisation der deutschen Unternehmer solidarisch erklärt, jene Gruppe, die wirthschaftlich auch die Sammelpolitik angeregt und betrieben hat. Die Sammlung geht nicht nur gegen den freieren Handel und gegen die Arbeiter, diese Sammlung richtet sich auch gegen die gebildete Klasse. Es ist eine reaktionäre Sammlung, die für Umsturzgesetz schwärmt, die die Lehrfreiheit unserer Wissenschaft, die die politische und soziale Bewegungsfreiheit der Geistlichen, die die für die Schriftsteller unerläßliche Preßfreiheit, die unsere Volksschule und ihre Lehrer, die die politische Unabhängigkeit der Beamten bedroht. Nicht ohne Grund hat kürzlich der Rektor der Berliner Universität, Professor Schmoller, an einer weithin vernehmbaren Stelle zur Sammlung der Gebildeten aufgerufen; denn auch er hält, so vorsichtig er auch gesprochen hat, die strebende Bildung vom satten Besitz bedroht. Es giebt keine bessere Sammlung der gebildeten Kreise, als am Tage der Wahl am 16. Juni. Hier gilt es, den Agrariern und den Industriefeudalen zu zeigen, daß die gebildeten Kreise Deutschlands nicht gesonnen sind, sich an die besitzende Klasse auszuliefern, um von ihr sich Ketten, und wären es auch goldene, anlegen zu lassen. Die deutsche Bildung hat sich nie unterjochen lassen: der Kirche ist es nicht gelungen, dem Mammon soll es nicht gelingen.

Die italienische Ministerkrisis soll angeblich gelöst sein, das ohnedies reaktionäre Kabinet Rudini soll in der Umgestaltung einen scharfen Ruck nach rechts gemacht haben. Kein Politiker von Bedeutung hat sich für Annahme eines Portefeuilles bereit finden lassen. Da Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sind, vertagen wir die Veröffentlichung der Ministerliste, bis amtlich die Ernennungen gemeldet sein werden. Von radikaler wie selbst von offiziöser Seite wird die provisorisch gemeldete Ministerliste kühl aufgenommen, niemand spricht dem neuesten Kabinet Rudini lange Lebensdauer zu. —

Die Stichwahlen in Belgien haben gezeigt, daß auch dort auf die „Liberalen" kein Verlaß ist, sie haben fast überall, wo Sozialisten mit den Klerikalen um den Sieg zu ringen hatten, für die letzteren gestimmt. In Verviers, Lüttich und in Soignies hat die große Hälfte der Liberalen ihre Verbeugung nach rechts gemacht. Dem Brüsseler „Peuple" zufolge sind bei den Stichwahlen im ganzen 36 943 liberale Stimmen für die Kandidaten der Klerikalen und nur 28 784 für die Kandidaten der Opposition abgegeben worden. Nach demselben Blatt haben die Parteien überhaupt erhalten:

	Hauptwahl	Stichwahl
Sozialisten . . .	**176 787**	**267 764**
Klerikale	148 845	172 007
Liberale	126 777	149 213

Die Sozialisten haben, wie bereits mitgetheilt, zwei Sitze gewonnen in Thuin und in Huy, sie verloren durch die Feigheit der Liberalen, welche ihre kapitalistischen Brüder unterstützten, vier Sitze in Verviers. Aber selbst hier nahmen die Stimmen um 2000 zu; im ganzen haben die sozialistischen Kandidaten einen Stimmenzuwachs von 60—70 000 zu verzeichnen.

* * *

Deutsches Reich.

Flottengesetz und Arbeitsgelegenheit. Wegen Arbeitsmangels sollen in Danzig etwa 700 Schlosser auf der Schichauwerft entlassen sein. Das geschieht in dem Augenblick, wo alle offiziösen Federn ausrechnen, in wie großem Umfange durch das Flottengesetz neue Arbeit geschaffen sei. —

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik ist der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge für Ende Juni zusammenberufen worden, was wohl als freilich wenig gelungener Beweis, daß die Sozialreform nicht gänzlich eingerostet ist, gelten soll. Wird den Wählern aber wenig imponiren. —

Wie die Agrarier agitiren. Ein kürzlich in der agrarischen „Deutsch. Tages-Ztg." erschienener Bericht über die angebliche Ankunft von 1500 Zentnern verdorbener amerikanischer Lebern ist, wie die „Centr.-Fl.-Z." berichtet, von Anfang bis zu Ende erfunden. Es waren keine 1500, sondern nur 150 Zentner, und die Lebern waren auch nicht verdorben, sondern der Empfänger hatte die Zahlung verweigert, als die Waare noch auf dem Ozean schwamm, weil frühere Streitfragen noch nicht zu seiner Zufriedenheit erledigt waren. Bei Ankunft der Waare war die Sache geordnet und die Partie von 150 Zentnern wurde glatt abgenommen. —

Die Wahrheitsliebe und der wissenschaftliche Ernst der Bimetallisten vor Gericht. Der Landtags-Abgeordnete und Reichstags-Kandidat Dr. Arendt hat gegen den Verfasser des großen Werkes „Die deutsche Geldreform", Dr. Helfferich, und gegen den verantwortlichen Redakteur der „National-Zeitung", Köbner, Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt. Dr. Helfferich hat in seinem genannten Buche den schweren Vorwurf der Fälschung gegen Dr. Arendt erhoben, und die „National-Zeitung" hatte anläßlich einer Polemik Herrn Dr. Arendt aufgefordert, sich hiergegen zu vertheidigen. Herr Dr. Arendt kam dieser Aufforderung in seiner Weise nach, die „National-Zeitung" aber glaubte allen Anlaß zu haben, den Abdruck der Vertheidigung ablehnen zu sollen.

Man kann auf den Verlauf dieses Prozesses gespannt sein. —

Zur Frage der Verunreinigung der Flüsse. Die Mainzer Stadtverwaltung schließt sich dem Protest der Wormser gegen die von der Stadt Mannheim geplante Fäkalieneinleitung in den Rhein an und will gegen diese „neue Verseuchung" des Rheins sowohl bei der hessischen wie auch bei der Reichsregierung Schutz suchen. Im hessischen Landtag, wo die Frage zur Sprache gebracht wurde, rieth Staatsminister Finger den Interpellanten, die Stadt Worms solle alle Instanzen durchlaufen und erst als letzte Instanz die Intervention des Reiches anrufen. —

Begnadigung eines Duellanten. Dr. Reusing, der seinen Kollegen Dr. Fischer in Bonn im Zweikampf erschossen hatte und zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt worden war, ist begnadigt worden. Die „Germania" bemerkt zu dieser Meldung: „Zur Bekämpfung des Duellunfugs trägt die fortwährende Begnadigung von Duellanten ganz gewiß nicht bei". —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Brandkatastrophe auf dem Schacht Zollern hat außer den 44 Todten noch ein anderes Opfer nach sich gezogen. Aus Lütgendortmund wurde unterm 27. Mai gemeldet: Dem Amtsgericht in Dortmund wurde der Bergmann Fritz Kleinevoß vorgeführt, weil er sich bei der Beerdigung einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll. —

Oesterreich.

Wien, 1. Juni. Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Ministerialverordnung, nach welcher wegen der Pest in Asien im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die Ein- und Durchfuhr gebrauchter Leibwäsche und Hadern, sowie roher Häute, Fette und frischer thierischer Rohprodukte von der Insel Formosa, aus den Häfen Amoy, Swatau, Hongkong, Canton, Makao, sowie den Häfen des Küstengebietes in Asien von Britisch-Indien westwärts bis zur Mündung des Suez-Kanals in den Golf von Suez verboten wird. —

Wien, 1. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Im Einlauf befinden sich die Regierungsvorlagen betreffend die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels, ferner betreffend die Einführung einer staatlichen Zuckerverschleiß-Abgabe, sowie betreffend das Budgetprovisorium für das zweite Halbjahr 1898. Die Abgeordneten Hochenburger und Genossen stellen einen Dringlichkeits-Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, den Erlaß, mit dem die Auflösung des Grazer Gemeinderaths verfügt worden, sofort zu widerrufen. Dr. Hofmann v. Wellenhof verlangt sofortige Verhandlung des Antrages betr. Auflösung des Grazer Gemeinderathes. Abg. Dr. Enge. (Jungczeche) erklärt sich in entgegengesetztem Sinne. Der Präsident erklärt, daß der Antrag Hofmann nicht zur sofortigen Verhandlung kommen könne, weil Widerspruch dagegen erhoben sei. Daher werde das Haus zur Tagesordnung übergehen. Letzteres geschieht und setzt das Haus die Debatte über die Sprachenanträge fort. —

Frankreich.

Paris, 1. Juni. In parlamentarischen Kreisen wird versichert, das Ministerium würde, falls Brisson als Kammerpräsident wiedergewählt wird, nicht demissioniren, sondern erst eine Abstimmung der Kammer über das Regierungsprogramm abwarten, das Meline und Barthou gelegentlich der Vorlegung eines Gesetzes über eine Alters- und Krankenversicherung entwickeln wollen. —

Paris, 1. Juni. Deputirtenkammer. Saal und Tribünen sind überfüllt. Es herrscht große Erregung. Der älteste Deputirte Boysset hält unter anhaltendem Lärm eine Ansprache. Danach schreitet man zur Wahl eines provisorischen Präsidenten. —

Paris, 1. Juni. Dem „Siècle" (neben der „Aurore" dem führenden Blatte der Dreyfus-Presse) zufolge hatte der Kriegminister eine Besprechung mit mehreren Generalen und Würdenträgern der Ehrenlegion, um über eine Maßregelung Esterhazy's zu berathen, der nunmehr als der Urheber des Ulanenbriefes amtlich anerkannt worden sei. Angesichts der politischen Verhältnisse sei jedoch beschlossen worden, keinerlei Maßregel gegen Esterhazy zu ergreifen, so tadelnswerth auch seine Haltung sei. —

Paris, 31. Mai. (Eig. Ber.) Eine verfassungswidrige Rede hielt Felix Faure in Saint-Etienne! Während man im Regierungs- und im Oppositionslager die Wahlergebnisse je nach dem Parteistandpunkte interpretirt, ohne sich im übrigen hier wie dort ganz siegesgewiß zu zeigen, hat sich der Präsident der Republik erlaubt, eine Lobeshymne auf den Wahlsieg der Ordnungsparteien anzustimmen: „Das Land hat soeben wieder einmal feierlich sein Vertrauen zu einer vernünftigen und weisen Politik ausgesprochen, welche . . . gegen Uebertreibungen die Grundsätze, auf denen die Gesellschaften beruhen, aufrechterhält . . ." Und weiter nahm er nachdrücklich Partei für den Bund der Bourgeoisrepublikaner mit den mehr oder minder „ralliirten" Klerikal-Monarchisten, „den Leuten von gutem Willen, die von allen Seiten sich um das Banner der Republik schaaren . . ." Diese Aeußerungen sind nach zwei Richtungen hin verfassungswidrig. Erstens darf der Präsident nicht aus seiner „Unverantwortlichkeit" heraustreten und sich mit einer der kämpfenden Parteien solidarisch erklären; zweitens — und das ist eine spezielle Folge des allgemeinen Verfassungscharakters des Präsidenten — ist es nicht seine Sache, den Willen der Wählerschaft direkt zu interpretiren, und mag dieser Wille ebenso klar zum Ausdruck gekommen sein, wie er im gegebenen Falle unklar ist. Der Präsident hat lediglich den Willensausdruck der Volksvertretung abzuwarten und sich nach ihm zu richten. Erst wenn die neue Kammer gesprochen hat, wird der Präsident wissen, wie es mit dem „Vertrauen des Landes zur vernünftigen und weisen" Reaktionspolitik der Ordnungskoalition bestellt ist.

Die oppositionelle Presse greift daher mit Nachdruck F. Faure an und betont, daß seit dem verunglückten Staatsstreich-Präsidenten Mac Mahon kein Präsident sich so „bloßgestellt" habe, wie F. Faure in seiner Rede zu Saint-Etienne. Und wenn die Kammer, dem Versuch der präsidentiellen Stimmungsmache zum Trotz, das Musterministerium nach Faure's Herz zur Demission zwingt — was dann? . .

Die Antwort der neuen Kammer auf Faure's Rede wird gleich in der Eröffnungs-Sitzung, am 1. Juni, erfolgen. Die Parteien sind entschlossen, ihre Kräfte gelegentlich der Präsidiums-Wahlen zu messen. Kandidat der gesammten Opposition ist Brisson, der frühere radikale Kammerpräsident. Die Ordnungskoalition hat als Gegenkandidaten den phrasenreichen und ideenarmen Sozialistentödter Deschanel, einen der bisherigen Vizepräsidenten der Kammer, auserkoren. Die Sozialisten werden, angesichts der politischen Bedeutung der Präsidiumswahlen, natürlich

für Brisson stimmen, ungeachtet dessen, daß sie persönlich zur Unzufriedenheit mit seinem Verhalten in der alten Kammer berechtigt sind. —

Paris, 31. Mai. Eine Note der „Agence Havas" schätzt die durch das Zollübereinkommen mit den Vereinigten Staaten für die französischen Produkte erreichte Zollermäßigung auf 2½ Millionen Franks. —

Niederlande.

Haag, 1. Juni. Die zweite Kammer nahm mit 72 gegen 20 Stimmen den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf an, welcher die obligatorische persönliche Heeres-Dienstpflicht einführt. Ausgenommen sollen Geistliche aller Bekenntnisse sein. —

England.

London, 29. Mai. (Eig. Ber.) (Beisetzung Gladstone's. Bezirkswahlen.) Gestern ist die Leiche Gladstone's in der Westminster Abtei, dem Pantheon der britischen Nation, feierlich beigesetzt worden. Es war eine offizielle Zeremonie, dem großen Publikum war nur die Möglichkeit gegeben worden, während der zwei vorhergehenden Tage in der Westminster Hall an dem die Leiche Gladstone's enthaltenden verschlossenen Sarge vorbei zu defiliren, und mehr wie eine Viertel Million Menschen haben von dieser Erlaubniß Gebrauch gemacht. Ebenso war am Tage der Bestattung die Umgebung des Parlamentsgebäudes und der Abtei gedrängt besetzt von Zuschauern, die gekommen waren, den Leichenzug von der Halle zur Abtei mitanzusehen. Am Zuge selbst aber nahmen nur offiziell ausgewählte Persönlichkeiten — darunter natürlich die Mitglieder beider Häuser des Parlaments — und Deputationen Theil. Dem ausdrücklichen Wunsch Gladstone's entsprechend ward von allem Pomp und Blumenschmuck abgesehen, wodurch indeß die Feierlichkeit nur an Eindruck gewann. Der Prinz von Wales und dessen Erbe, der Herzog von York, je drei Vertreter der beiden politischen Parteien des Parlaments — Lord Salisbury, Mr. Belfour und der Herzog von Rutland für die Regierungspartei, Sir William Harcourt, Lord Kimberley und Lord Rosebery für die Opposition — sowie zwei persönliche Freunde Gladstone's: Lord Rendel und Mr. G. Armistead, trugen die Zipfel des Leichentuches. Selbstverständlich waren die höheren Verwaltungsämter und viele der großen Körperschaften Englands passend vertreten, ebenso viele auswärtige Regierungen. Nach einem kurzen Gottesdienst, der vornehmlich im Absingen von Lieblingschorälen Gladstone's bestand, ward der Sarg im nördlichen Schiff der Abtei der Erde übergeben, unweit der Stelle, wo das Denkmal Disraeli-Beaconsfield's steht. Etwas weiter ab davon, in gleicher Linie mit der Statue seines ersten Chefs, Robert Peel, soll Gladstone in der Abtei ein Denkmal erhalten. Weiter ist, gemäß dem Wunsch Gladstone's, einst neben seiner Frau zu ruhen, Verfügung getroffen worden, bei Ableben dieser sie in der gleichen Gruft zu bestatten.

In den Nachrufen an Verstorbene mischt sich zu allen Zeiten sehr viel konventionelles Lob, und gegenüber Gladstone lag besonderer Anlaß vor, hierin über das gewöhnliche Maß hinauszugehen. Aber doch kann man sagen, daß mit sehr wenigen Ausnahmen ganz England wirklich in der Ueberzeugung einig ist, in ihm einen der größten Staatsmänner besessen zu haben, die je die Geschicke einer modernen Nation geleitet. Auch die sozialistischen Blätter versagen dem nun todten Gegner den Tribut ihrer Anerkennung nicht, selbstverständlich ohne dabei die Kritik zu vergessen. Viele hervorragende Vertreter des heutigen Sozialismus in England waren in früheren Jahren begeisterte Anhänger Gladstone's, und bei den Gewerkschaftlern war Gladstone bis zuletzt gut angeschrieben. In den Reihen derer, die von Donnerstag bis Sonnabend nach Westminster pilgerten, um ihm an seinem Sarge die letzte Ehre zu erweisen, war denn auch das Arbeiterelement zahlreich vertreten, und in vielen Arbeiterklubs ist Gladstone's mit großer Sympathie gedacht worden. Auf der anderen Seite hat man es in radikalen Kreisen der Königin sehr verübelt, daß sie, die bei Disraeli-Beaconsfield's Hingang ein Schreiben an die Nation erließ, worin der Verlust eines der ausgezeichnetsten Rathgeber der Nation beklagt wurde, im Falle Gladstone's es bei einem Kondolenzschreiben an die Wittwe desselben hat bewenden lassen. Hätte der Prinz von Wales, der übrigens stets freundschaftlich zu Gladstone gestanden hat, nicht das Seinige gethan, dem todten Staatsmann den Tribut der Hochachtung zu erweisen, so würde es womöglich zu lauten Demonstrationen gekommen sein. Ohne ein Nachgrollen wird die Affäre ohnehin kaum abgehen. —

In den letzten Wochen haben in London und der Provinz die Wahlen zu den Bezirksvertretungen (Vestries 2c.) stattgefunden. Die Demokratisirung des Wahlrechts zu diesen Körperschaften war das letzte gesetzgeberische Werk Gladstones gewesen. In London erzielten diesmal in der Mehrheit der Bezirke die Progressisten sehr bedeutende Erfolge, viele Wahlkreise, die im Parlament konservativ vertreten sind, haben für die lokale Verwaltung progressistisch-radikale Mehrheiten. In einigen Bezirken gingen die Sozialisten mit den Progressisten Wahlbündnisse ein. So in Bow and Bromley im Osten Londons, wo sieben Mitglieder der Sozialdemokratischen Föderation gewählt wurden. In Battersea dagegen, wo Sozialdemokraten und Progressisten sich sehr gespannt gegenüberstehen, erlitten die ersteren eine bedauerliche Niederlage.

Spanien.

Madrid, 1. Juni. Die spanischen Schiffe, welche bisher Petroleum von Amerika importirten, beschlossen nunmehr den Import russischen Petroleums und sind zu diesem Zweck nach dem Schwarzen Meere abgedampft. —

Rußland.

Petersburg, 1. Juni. Auch den für die Bedürfnisse der sibirischen und uralischen Goldwäschereien bestimmten ausländischen Maschinen und Maschinentheilen ist zehnjährige Zollfreiheit gewährt worden. —

Amerika.

New-York, 1. Juni. Präsident Mac Kinley wird wegen des kommerziellen Abkommens mit Frankreich von den Zeitungen heftig angegriffen. Man wirft ihm vor, daß er dabei die Meinung des Volkes nicht berücksichtigt habe. So sagt „Journal", es wäre Zeit, daß die Demokratie ans Ruder kommt, um Abhilfe zu schaffen und die Kriegsoperationen zu beschleunigen. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Handlungsgehilfen! Kollegen! Die Sozialreform ist nach den Aussprüchen des Herrn von Posadowsky erfüllt. An die Verwirklichung des Achtuhr-Ladenschlusses ist daher vorerst nicht zu denken. Von den geringen Zugeständnissen, die den Handlungsgehilfen von seiten der Gesetzgebung gemacht worden sind, sucht man im Gegentheil wieder abzubröckeln. Schon werden Stimmen laut, welche die Aufhebung oder Einschränkung der Sonntagsruhe verlangen. Auch andere Vorschriften bestehen noch zum Schutze der Handels-Angestellten, die gleichfalls von den Prinzipalen nicht beachtet werden. Das neue Handelsgesetzbuch verlangt, daß die Geschäftsräume so eingerichtet werden und die Arbeitszeit so geregelt wird, daß der Handlungsgehilfe gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit geschützt ist. Für die Angestellten, die bei dem Chef in Kost und Logis sind, verlangt das Gesetz außerdem gesundheitsmäßige Wohn- und Schlafräume und regelmäßige Tischzeit.

Kollegen, Kolleginnen! Ihr selbst könnt Euren Chefs gegenüber diese gesetzmäßigen Forderungen nicht erheben, weil Ihr Entlassung oder sonstige Maßregelungen befürchten müßt. Unter diesen Umständen halten wir es für unsere Pflicht, auch nach dieser Richtung die Interessen der Handelsangestellten zu vertreten, unbeschadet um die Bekämpfung, Schmähung und den Haß der Herren Prinzipale. Wollt Ihr verhüten, daß in Zukunft das Jahr für Euch wieder 365 Arbeitstage hat, wollt Ihr verhindern, daß Eure Arbeitszeit außerdem an Wochentagen noch verlängert wird und Eure Tischzeit unter der Vorspiegelung, englische Arbeitszeit einzurichten, verkürzt oder beseitigt wird, dann meldet alle Verstöße gegen die Sonntagsruhe und gegen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches an die Geschäftsstelle der Freien Vereinigung der Kaufleute, Elsasserstraße 25, II.

Folgt unserer Aufforderung ohne Bedenken, wir werden Euer Recht zu wahren wissen, ohne Nachtheil oder Unannehmlichkeit für Eure Person.

Freie Vereinigung der Kaufleute.
W. Friedländer.

An die Kupferschmiede! In der letzten öffentlichen Versammlung ist der wöchentliche Beitrag zum Dispositionsfonds auf 25 Pf. festgesetzt worden und gehen die Sammlungen wieder durch die Bezirkskassirer und zwar für Norden beim Kollegen P. Wittekopf, Rammlerstr. 34, H. r. IV; Nordwest beim Kollegen J. Bartosiewicz, Lübeckerstr. 30, Querg. 1; Süden beim Kollegen P. Kühne, Oranienstr. 45, Hof rechts III; Südost beim Kollegen Fr. König, Cuvrystr. 16, v. III r. Die Sperre über die Werkstatt Heckmann ist aufgehoben und wird es jedem Kollegen zur Ehrenpflicht gemacht, nicht unter 45 Pf. in Arbeit zu treten. Ueber die Betheiligung an den Sammlungen während des Streiks wird eine Statistik aufgenommen und werden deshalb die Vertrauensleute ersucht, mit den 50 Pf.-Marken abzurechnen. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. Die Aussperrung der Bauhandwerker in Magdeburg dauert nach Pfingsten weiter fort. Die Unternehmer gaben sich der Hoffnung hin, daß gar mancher der streikenden Zimmerer über die Feiertage anderen Sinnes und bedingungslos zur Wiederaufnahme der Arbeit schreiten würde. Aber diese Hoffnung der Unternehmer ist zu Schanden geworden. Auch die Pfingstfeiertage, die ja in diesem Jahre von den an der Aussperrung betheiligten Arbeitern wohl nicht so fröhlich begangen werden konnten wie früher, haben keine Sinnesänderung hervorgerufen. Fest und geschlossen wie vor den Feiertagen, stehen die Arbeiter nach den Feiertagen den Unternehmern gegenüber.

In Kalk haben Maurermeister den Ausständigen einen Stundenlohn von 40 Pf. und zehnstündige Arbeitszeit geboten. Die Zulage betrug 3 Pf. pro Stunde. In geheimer Abstimmung wurden diese Zugeständnisse von den Arbeitern als ungenügend bezeichnet und soll der Streik fortgesetzt werden. Der christliche Gewerkverein der Maurer hat sich der Bewegung angeschlossen.

In Bremerhaven und Lehe befinden sich die Maurer im Ausstand. Sie fordern 50 Pf. Stundenlohn und wöchentliche Lohnzahlung. Bisher haben 14 Meister bewilligt; von den Ausständigen sind 50 abgereist.

Die Metallarbeiter in Sachsen hielten am 31. Mai cr. in Dresden eine Landeskonferenz ab, an der 35 Delegirte theilnahmen. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß die Zahl der organisirten Metallarbeiter in Sachsen vom Jahre 1895 bis jetzt um 3000 gestiegen ist. Folgende Anträge wurden angenommen: 1. Der Hauptvorstand wird ersucht, für Sachsen einen ständigen, besoldeten Vertrauensmann anzustellen; im Fall der Annahme dieses Antrages seitens des Vorstandes den Kollegen Krause-Chemnitz für diesen Posten in Aussicht zu nehmen. 2. Die Generalkorrespondenz wird bis zur nächsten Landeskonferenz nach Chemnitz verlegt. Die nächste Landeskonferenz findet in Leipzig statt.

Achtung, Gießereiarbeiter! Wegen Nichteinhaltung der früheren Vereinbarung und Maßregelung zweier Arbeiter ist der Zuzug von Formern, Maschinenformern, Kernmachern und Taglöhnern, welche schon in Gießereien gearbeitet haben und eventuell als Streikbrecher verwendet werden könnten, von der Firma Bopp u. Reuther, Mannheim-Waldhof, strengstens fernzuhalten. Der Zentralverein der deutschen Former, Mannheim.

In einer Holzleistenfabrik in Dessau haben 50 Tischler die Arbeit niedergelegt.

Der Münchener Tischlerstreik zählt noch 85 Ausständige, die bisher reichlich unterstützt werden konnten. Es ist dringend nothwendig, daß der Zuzug ferngehalten wird.

Ausland.

In Teplitz streiken seit 14 Tagen sämmtliche Steinarbeiter. Die Streikenden fordern: neunstündige Arbeitszeit, für Steinmetze einen Minimallohn von 1 fl. 80 kr. pro Tag; für Marmorhauer 1 fl. 60 kr., Beseitigung der Akkordarbeit.

Der Bauarbeiterstreik in Innsbruck ist, wie bereits gestern gemeldet wurde, beendet. Die Hauptforderungen der Arbeiter — Festsetzung eines Minimallohnes und Verkürzung der Arbeitszeit — wurden bewilligt. Einige andere Forderungen ließen die Arbeiter fallen.

Zum Kohlenarbeiterstreik in Süd-Wales wird aus London vom 1. Juni berichtet: In einer gestern stattgehabten Besprechung der Kohlengruben-Besitzer und ausständigen Kohlengruben-Arbeiter in Cardiff erklärten letztere, eine sofortige zehnprozentige Lohnerhöhung annehmen zu wollen. Die Arbeitgeber erklärten das für undurchführbar. Die Besprechung wird am Sonnabend fortgesetzt werden. Die „Times" bemerken hierzu, die Aussichten bezüglich Beilegung des Ausstandes seien so schlecht wie möglich.

Soziales.

Die deutschen Lehrer sind am 31. Mai in Breslau zu ihrer 50. Jahresversammlung zusammengetreten. Die erste wurde im September des Revolutionsjahres abgehalten. Die deutschen Lehrer von heute sind, soweit sich aus den Berichten über die Versammlung schließen läßt, noch weit entfernt von dem Standpunkte, den die Arbeiterschaft zur Schule einnimmt. Diese will die religionslose und in politischer Beziehung vollkommen neutrale Volksschule, während der erste Redner auf der Jahresversammlung, der unter stürmischem Beifall die Jubiläums-Festrede hielt, Oberlehrer Gärtner aus München, sich nur zu einer Philippika gegen die Benutzung der Schule zu konfessionellen Hetzereien aufschwingen konnte. So lange aber in den Schulen religiöse Dogmen gelehrt werden, werden konfessionelle Hetzereien dort Unterschlupf finden. Was die Lehrerversammlung dagegen über den Schutz der Jugend vor der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft beschloß, verdient die allgemeinste Beachtung. Das Referat über diese Frage hielt Lehrer Fechner aus Berlin. Eine von ihm beantragte Resolution wurde nach einigen Abänderungen fast einstimmig angenommen. Dieselbe lautet:

1. „Aufmerksame Beobachtungen und statistische Erhebungen haben ergeben, daß die gewerbliche und landwirthschaftliche Kinderarbeit in weiten Gebieten des Vaterlandes eine überaus große Verbreitung gefunden hat.

2. Es liegt nahe und ist vielfach nachgewiesen, daß hierbei durch körperliche Ueberanstrengungen, Unbilden der Witterung, Arbeit in hygienisch mangelhaft beschaffenen Räumen, eintönige, den Geist abstumpfende Thätigkeiten die Gesundheit der Kinder gefährdet und vielfach ihre körperliche und geistige Entwickelung verkümmert wird, daß ferner durch gewisse Beschäftigungsarten (Hausiren, Mitwirkung bei Schaustellungen, Hüten, Theilnahme als Treiber bei Jagden 2c.) oder infolge unzulänglicher Aufsicht und unterlassener Trennung der Geschlechter die moralische Erziehung leidet.

3. Daraus erwachsen auch der Schule schwerwiegende Hindernisse; diese bestehen in Erschlaffung und Stumpfsinn der Kinder während des Unterrichts, in mangelndem häuslichen Fleiße, in häufigen Versäumnissen und Schulversäumnissen und in auffallend geringen Fortschritten, sowie darin, daß die erwerbsthätigen Schüler infolge der bezeichneten Mängel leicht zum Hemmschuh für die geistige und sittliche Entwickelung sämmtlicher Schüler werden.

4. So sehr die Kinderarbeit an sich bei zweckmäßiger Auswahl der Beschäftigung und verständiger Leitung als werthvolles Erziehungsmittel zu empfehlen ist, so sehr ist sie in der Form der Erwerbsthätigkeit, mit der eine Ausbeutung der Kraft des Kindes fast mit Nothwendigkeit verbunden ist, vom pädagogischen Standpunkte aus zu verwerfen. Ihre vollständige Beseitigung während des schulpflichtigen Alters ist zu erstreben.

5. So lange aber die sozialen Verhältnisse, namentlich die Nothlage zahlreicher Familien, die Durchführung dieser radikalen Maßregel noch unmöglich machen, muß wenigstens eine weitgreifende Einschränkung der Erwerbsthätigkeit der Kinder angestrebt werden. Nach dieser Richtung hin erscheint als durchaus nothwendig:

a) Das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Rücksichtnahme auf erwerbsmäßige Beschäftigung der Schulkinder, insbesondere Beseitigung der Hüteschulen, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbsthätigkeit geschehen.

b) Jede erwerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren ist zu verbieten.

c) Ebenso die Akkordarbeit älterer Kinder morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr abends und an Sonntagen.

d) Die Dauer der regelmäßigen täglichen Beschäftigung ist auch während der Ferien möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind.

e) Ganz zu verbieten ist: Hausiren, Beschäftigung in Wirthshäusern, bei Schaustellungen und bei Treibjagden.

f) Die staatliche Aufsicht ist auch auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirthschaft auszudehnen.

6. Die deutsche Lehrerversammlung spricht den lebhaften Wunsch aus, daß die kürzlich seitens der Reichsbehörden aufgenommene Statistik über die erwerbsmäßige Arbeit schulpflichtiger Kinder, unter vermehrter Berücksichtigung der Belastung der Kinder durch die Arbeit, in regelmäßigen Abständen wiederholt und auch auf die Arbeit in der Landwirthschaft ausgedehnt werde."

Wegen thätlicher Beleidigung von Schulkindern wurde in Elmshorn ein Lehrer der Mittelschule auf Verfügung des Regierungspräsidenten vom Amte suspendirt.

Den Dienstboten in Schleswig war durch eine Regierungsverfügung aus dem Jahre 1878 verboten, an den Tagen, wo das Gesinde den Dienst wechselt, der Tanzgöttin zu huldigen. Der Regierungspräsident hat jetzt diese Verfügung aufgehoben.

Der Gemeinderath von Stuttgart hat für die im städtischen Dienste beschäftigten Lohnarbeiter eine Arbeitsordnung festgesetzt, die Vorschriften über Arbeitszeit, Bezahlung, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Strafen, Einführung eines Arbeitsausschusses zur Vermittelung von Wünschen und Beschwerden, ferner u. a. noch die Bestimmung enthält, daß auf der Arbeitsstätte nicht geflucht werden darf. Mehrere Mitglieder des Gemeinderaths hatten Streichung dieser Bestimmung beantragt, was jedoch von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Arbeiter-Risiko. In Ofen, der Nachbarstadt Pests, stürzte ein im Bau begriffenes Haus ein. Ein Arbeiter wurde getödtet, vierzig verwundet.

Der Krieg.

Nun hat doch noch ein Zusammenstoß zwischen spanischen und amerikanischen Schiffen bei Santiago de Kuba stattgefunden. Von den Spaniern wird ein großer Sieg, von den Amerikanern ein bedeutungsloses Rencontre gemeldet; sicher ist wohl, daß die Spanier nach wie vor aus ihrer Mausefalle nicht heraus und die Amerikaner in dieselbe nicht hinein können. Die Meldungen über die Einzelheiten des Gefechtes widersprechen sich so, daß wir von der Mittheilung der bezüglichen Depeschen absehen können.

Aus Madrid wird heute gemeldet: Die Kreuzer „Alfonso XIII.", „Rapido", „Patria", „Victoria", „Princesa de Asturia" werden als zweites Reservegeschwader in etwa 14 Tagen in See gehen. — Die Befestigungen von Cadiz sind nunmehr mit schwerkalibrigen Geschützen versehen.

Aus Key West wird berichtet: Der spanische Dampfer „Doria Dulores", welcher von Rio de Janeiro nach Portorico fuhr, wurde von amerikanischen Schiffen in dem Augenblick gefangen, als er in den Hafen von Portorico einlaufen wollte.

Aus Washington wird noch gemeldet: Die Regierungs-Einkünfte im Monat Mai betrugen 30 074 818 Doll., die Ausgaben 47 797 000 Doll. Demnach übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 17 722 182 Doll., also um mehr als 71 Millionen Mark. Und dabei handelt es sich blos um Vorgefechte des Krieges. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 1. Juni. (W. T. B.) Nach einer telegraphischen Meldung an das Oberkommando der Marine ist Prinz Heinrich von Preußen mit den Schiffen „Deutschland" und „Kaiserin Augusta" am 1. Juni in Kiautschou eingetroffen.

Der Dampfer „Darmstadt" des Norddeutschen Lloyd mit dem Ablösungstransport für Ostasien — Transportführer Korvetten-Kapitän Reincke — ist am 1. Juni in Singapore angekommen und am selben Tage nach Manila in See gegangen.

Prag, 1. Juni. (B. H.) Anläßlich des Jahrestages der Schlacht am Berge Lipan kam es zwischen nationalen Sozialisten und internationalen Sozialdemokraten zu einem argen Zusammenstoß, bei welchem ein Sozialist tödtlich verwundet wurde. Erst durch Gendarmerie konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.) Kammer. Boysset verliest das Resultat der Abstimmung über die Wahl des provisorischen Präsidenten. Es stimmten im ganzen 556 Deputirte. Drei Zettel sind ungiltig, mithin 553 giltig. Absolute Majorität ist demnach 277. Es erhielten Deschanel 277, Brisson 276 Stimmen. (Beifall im Zentrum, Widerspruch links.) Deschanel ist Kandidat der regierungsfreundlichen Republikaner. Der Schriftführer Jourde erklärt, das Bureau wolle das Ergebniß der Wahl nicht proklamiren, weil ein Zettel zur Erde gefallen sei und überlasse der Kammer, hierüber zu entscheiden. Poincaré bemerkt, dieser Zettel könne auf das Resultat der Wahl keinen Einfluß ausüben, da die absolute Majorität nach der Zahl der für giltig angesehenen Stimmen berechnet werde. Bourgeois betont die Wichtigkeit der Entscheidung, da die Autorität des Präsidenten unbestritten sein müsse.

Mehrere Deputirte verlangen, das Bureau solle entscheiden. Der Schriftführer Reille will sprechen, aber die Linke überschreit ihn. Während der nächsten zehn Minuten durchtönt Geschrei, Lärm durch Aufschlagen auf die Pulte, lautes Schimpfen den Saal. Boysset schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen; er verläßt seinen Sitz unter dem Lärm des Hauses.

Toulon, 1. Juni. (W. T. B.) Das Panzerschiff „Neptun", welches hier einlief, hatte den Lieutenant z. S. Grasset, Kommandant des Torpedoboots „Flibustier", an Bord, welcher in Ajaccio bei einer Schlägerei zwischen Matrosen vom französischen Geschwader und italienischen Fischern durch einen Messerstich verwundet wurde. Auch mehrere der französischen Matrosen erlitten Verletzungen, von denen eine tödtlich ist.

London, 1. Juni. (B. H.) Offiziell wird aus Hongkong gemeldet, daß daselbst in der vergangenen Woche 68 Erkrankungen an der Pest vorgekommen sind.

Rom, 1. Juni. (Meldung der „Agenzia Stefani".) Der König empfing heute Nachmittag 4 Uhr di Rudinì und genehmigte folgende von demselben vorgelegte Ministerliste: di Rudinì Präsidium, Inneres und interimistisch Ackerbau, Deputirter Cappelli Auswärtiges, Deputirter Bonacci Justiz, Branca Finanzen, Luzzatti Schatz, di San Marzano Krieg, Vize-Admiral Senator Canevaro Marine, Senator Cremona Unterricht, Deputirter General Afan de Rivera, öffentliche Arbeiten, Deputirter Frola Postwesen. Die neuen Minister mit Ausnahme von Canevaro, der das Marineministerium übernommen hat, aber erst morgen zurückkehren wird, leisteten Nachmittag 4½ Uhr dem König den Eid.

Madrid, 1. Juni. (B. H.) Aus Ceuta kommt die Meldung, daß dort ein Deutscher verhaftet wurde, den man beim Photographiren von Befestigungen betroffen hatte.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 126. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 2. Juni 1898.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Linz, 30. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Prüfung der Mandate hat die Anwesenheit von 104 Delegirten, 15 Mitgliedern der Parteivertretung, 15 Vertretern der Parteipresse und 4 Reichsraths-Abgeordneten ergeben.

Ueber die „christlich-soziale Bewegung in Oesterreich" spricht Engelbert Pernerstorfer. Der Redner schildert die Entwickelung der ehrlichen, christlich-sozialen Idee, wie sie in ihrer reinen Gestalt zuerst in England während der Chartistenbewegung auftrat und in Männern wie Kingslay, Morris und Steffens glänzende Vertreter fand. Diese Männer stellten sich mit aller Entschiedenheit auf die Seite der Unterdrückten und scheuten sich nicht Hand in Hand zu gehen mit den radikalsten politischen und sozialen Parteien. Zweifellos hat der christliche Sozialismus Englands auch für Deutschland die Anregung zu ähnlichen Gedanken gegeben. Aber auf Wagner und Pastor Todt folgte Stöcker, der die Bewegung den Konservativen auslieferte und sie mit Antisemitismus verbrämte. In Antisemitismus erkannte er ein vortreffliches Mittel, die Massen zu haranguiren und herbeizuziehen. Die Stöcker'sche Bewegung hat vollständig abgewirthschaftet, nur der Antisemitismus ist in seinen vielfachen Formen geblieben. Giebt es doch soviel Arten Antisemitismus, als Antisemiten im Reichstage sitzen. (Heiterkeit.) Eine neue christlich-soziale Bewegung ist in den Nationalsozialen erstanden. Er ist bei weitem grader und ehrlicher als die Stöcker'sche Richtung. Leider hat aber auch Naumann nicht verstanden, seine christlich-soziale Ueberzeugung von unlauteren Beimischungen, wie Flottenbegeisterung 2c. rein zu halten. Als die national-soziale Bewegung entstand, stand unsere Partei ihr ganz wohlwollend gegenüber. Manche erwarteten von ihr eine Art Vorarbeit an Schichten, an die wir nicht herankommen können. Bei den National-Sozialen treten aber in letzter Zeit die Beimischungen immer deutlicher hervor. Redner erwähnt die christlich-soziale Bewegung in der Schweiz, an deren Spitze Decurtins stehe. Decurtins hat zu wiederholten Malen Gelegenheit genommen, mit größter Hochachtung von den wissenschaftlichen Leistungen eines Marx zu sprechen, er hat Bebel's Buch „Die Frau" als tiefsittliches Werk vertheidigt. Von Deutschland springt im Anfang der achtziger Jahre die christlich-soziale Bewegung nach Oesterreich hinüber. Neben den pfäffischen Antisemitismus Sebastian Brunner's trat der demagogische, nationale Antisemitismus Schönerer's. Da es Schönerer nicht vergönnt war, der österreichische Lassalle zu sein, beschloß er, der österreichische Bismarck zu werden. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Armee des Antisemitismus sind die österreichischen Kleinbürger. Auf die Jahre der wilden Börsenspekulation, des wirthschaftlichen Krachs, folgten die bösen Jahre der Krise, in denen die Kleingewerbetreibenden immer tiefer ins Elend sanken. Ihre demokratischen Wortführer fügten sich allmälig der Forderung nach reaktionärem Gewerbeschutz, Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis. Demagogen von feiner Witterung sahen, daß man diese Bewegung in den breiten Strom des römisch-katholischen Klerikalismus leiten könnte. Die gesinnungsverwandten Feudalen erkannten das ebenso und knüpften ebenfalls Beziehungen an; sie fanden nur eine Armee gegen den verhaßten Liberalismus. Dr. Karl Lueger, der entwicklungsfähige Politiker, wurde ihr Mann. So sehr er sich aber auch gewandelt hat vom internationalen Demokraten zum Diener der katholischen Kirche, eins war er immer: bis auf die Knochen schwarz-gelb. Oesterreich ist immer das Land politischer Charakterlosigkeit gewesen. Lueger's spezifisches Oestreicherthum ist seine Gesinnungslosigkeit. Den christlich-sozialen Antisemiten vom Schlage Lueger's fehlt jedes Programm. Sie haben nur Phrasen. Sie schreien: Der Jud ist an allem schuld: Während das Volk aber hypnotisirt auf den Juden schaut, können die Feudalen und Klerikalen dem Volke die Tasche leeren. (Bravo!) Der Redner charakterisirt die Verlogenheit und Verleumdungssucht der österreichischen Christlich-Sozialen. Die Eindrücke, die der Liberalismus hinterlassen hat, waren weder für das Auge, noch für die Nase angenehm, aber das, was die Christlich-Sozialen leisten, übertrifft alles dagewesene. Als sie in der Opposition standen, donnerten sie gegen die Aemterhäufung; jetzt ist ihnen nicht eine Schüssel genug, sie müssen aus drei und vier zugleich essen. Wie haben sie gewettert gegen die Juden, seit sie aber die Macht haben, thun sie den großen Juden nicht weh, Rothschild wird von Lueger devotest zum Ball der Stadt Wien eingeladen — aber die kleinen jüdischen Stenographen werden entlassen. Sie suchen sich rasch zu bereichern, weil sie die Ahnung haben, daß ihre Firma nicht von langem Bestande sein wird. (Bravo.) Im Namen der Parteivertretung schlägt Pernerstorfer folgende Resolution vor:

In Erwägung, daß die christlich-soziale Partei in Oesterreich weder mit dem Christenthum, 2c. Evangelium, noch mit dem Sozialismus auch nur das allergeringste zu thun hat, daß diese Partei vielmehr eine erbitterte Widersacherin der Lehren des Evangeliums ist, als solche tagtäglich die sittlich verwerflichsten Mittel im Agitationskampfe anwendet, daß sie, während sie den Massen vorzuspiegeln versucht, deren wirthschaftliche Interessen zu vertreten, in Wahrheit eine Partei der Hausherren, des konfessionslosen, internationalen privatkapitalistischen Unternehmerthums jeder Sorte, die Verbündete der Auswucherer des Volkes auf jedem Gebiete ist, die die von ihr geführten Schichten des Mittelstandes für die Zwecke der Feudalen und Klerikalen mißbraucht, daß sie diese ihre innere Natur, die sie zu Lakaien des Junker- und Pfaffenthums prädistinirt, besonders von dem Zeitpunkte an geoffenbart hat, seitdem sie zur Herrschaft in Niederösterreich und Wien gekommen ist, indem sie von da an keine einzige ihrer volksfreundlichen Versprechungen gehalten hat, vielmehr mit den wirthschaftlichen und politischen Bedrückern des Volkes in der schamlosesten Weise sich vereinigt hat, — in Erwägung insbesondere, daß die christlich-soziale Partei nichts anderes ist, als die Vortruppe des reaktionärsten und volksfeindlichsten Klerikalismus, dem weder das materielle, noch das geistige Wohl des Volkes je am Herzen gelegen hat, daß vielmehr die Religion jederzeit als Mittel zu Zwecken der weltlichen Parteiherrschaft in einer, im Sinne des Christenthums, der Evangelien geradezu gotteslästerlichen Weise geschändet hat,

in Erwägung, daß diese Partei eine Partei der exzessivsten persönlichen Korruption ist, daß deren Mitglieder ihre politische Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen und vor schmutzigen Geldgeschäften selbst dann nicht zurückschrecken, wenn sie mit Bordellen im Zusammenhange stehen,

in Erwägung endlich, daß diese Partei das Gift der Lüge und Verleumdung systematisch und unablässig in den Körper des Volkes zu leiten sucht:

erklärt es der Parteitag für die Pflicht der Parteigenossen:

mit Entschiedenheit überall und jederzeit die christlich-soziale Partei in Oesterreich zu bekämpfen,

ihre innere Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in ihrem ganzen Gebahren, wie in dem, was sie ihr Programm nennt, was aber im letzten Grunde ihre positive Programmlosigkeit ist, aufzudecken,

ihre wahre Natur als immer gefällige und dienstbereite Dirne des volksaussaugenden Feudalismus und volksverdummenden Klerikalismus zu enthüllen;

das Volk über die Niedrigkeit der Gesinnung ihrer Führer und über die Niedertracht ihrer Agitationsweise unermüdlich aufzuklären, um so die Vorbedingungen zu schaffen, durch welche es ermöglicht wird, daß endlich die Völker Oesterreichs aus dem ein Viertel-Jahrtausend währenden Schlafe, in den sie feudaler Junkerhochmuth im Bunde mit Klerikalismus und bureaukratisch-unfähigen Regierungen gelullt haben, aufzuwecken und zur Selbstbesinnung zu bringen. Redner schließt: Seit mehr als 250 Jahren wird Oesterreich von den Klerikal-Feudalen in den Boden hineinregiert. Es giebt nur eine Partei, die den Kampf gegen sie mit Bewußtsein führt, die Sozialdemokratie. Der Kampf, den der mit dem Kapitalismus verbündete Klerikalismus gegen die Sozialdemokratie führt, steht vor der Entscheidung. Die Sozialdemokratie ist das kontradiktorische Gegentheil des römischen Klerikalismus als des Anhängers starrer Autorität, unwandelbaren Dogmas und der absoluten geistigen Unfreiheit. Wir stehen jeder Autorität zweifelnd gegenüber, wir kennen kein unwandelbares Dogma und sind die Vertreter des Rechtes, der Freiheit und des Gewissens. In diesem kolossalen Kampfe werden wir Sozialdemokraten vor den Mächten dieser Erde und auch vor den Mächten der Hölle nicht zurückweichen. Wir sind stolz darauf, die einzige Kulturpartei Oesterreichs zu sein. Neben dem Kampfe für die ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse kämpfen wir zugleich den Kampf für die größten geistigen Güter. Und dieser jahrtausendalte Kampf zwischen Licht und Finsterniß wird sich entscheiden zu gunsten des Lichts, zu gunsten der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

An der Diskussion betheiligten sich zustimmend und ergänzend A. Prähauser aus Salzburg, der Obmann der Wiener Handlungsgehilfen Pick, Dr. Adler, der auf die proletarischen Instinkte des niedern Klerus hinwies, die aber von der furchtbaren Gewalt Roms, der organisirten Kirche zurückgedrängt würden, und der tirolische Bauer Filzer aus Kitzbüchel. Dieser Redner empfahl die Bildung des Proletariats als wirksamste Waffe gegen den Klerikalismus. Die Christlich-Sozialen gingen an ihrer Sophistik und Verlogenheit zu grunde. Man solle sie ruhig gewähren lassen. „Es ist nimmer guat, wo Säu raufen, daß man do immer dobei ist!" (Stürmische Heiterkeit.)

Die Resolution Pernerstorfer wurde einstimmig angenommen. Anträge, eine Broschüre gegen die Christlich-Sozialen herauszugeben, wurden der Parteivertretung überwiesen.

An den Parteitag sind aus allen Theilen Oesterreichs zahlreiche Begrüßungstelegramme und -Schreiben eingelaufen. Mit besonderem Beifall wurden die Depeschen der Parteileitung der ungarländischen und der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen. Diese hat folgenden Wortlaut: „Selbst im Wahlkampf auf der ganzen Linie engagirt, senden wir den Brüdern in Oesterreich Gruß und Glückwunsch zu erfolgreicher Thätigkeit."

In der Nachmittagssitzung sprach Seliger aus Teplitz über „Die deutschnationale Bewegung in Oesterreich". Er begründete unter großem Beifall folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich völkisch oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutsch-liberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind; in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch besonders die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können; in Erwägung, daß der brutal nationale Chauvinismus dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwickelung als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag: Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutsch-nationalen Parteien diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen entweder nur halb, oder nur zum Schein vertreten werden, und daß in Wahrheit auch diese Parteien entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien weder für die politische Gleichberechtigung noch für die soziale Gerechtigkeit eintreten und daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutsch-radikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen."

In der Debatte wurde das Sündenregister der Deutschnationalen aufgerollt. Es wurde betont, daß die Deutschnationalen verkappte Christlich-Soziale seien. Selbst radikale Pfaffenfeinde unter ihnen sind mit Unterstützung der Klerikalen gewählt worden. Sozialdemokratische deutsche Arbeiter werden von ihnen in Böhmen den Unternehmern und Hausbesitzern denunzirt. Pernerstorfer rieth, sich auf dem Boden des Kampfplatzes mit den Deutschnationalen als Deutscher zu deklariren. Von der deutschen Gemeinbürgerschaft mit den deutschen Arbeitern sei bei ihnen keine Rede. Die Brutalnationalen sehen die Größe und Herrlichkeit des deutschen Volkes nicht in dem, was den wahren Ruhm dieses Volkes ausmacht, in seinen Kulturleistungen. Nur eine Partei hat den Namen des deutschen Volkes hoch und heilig gehalten, die deutsche Sozialdemokratie. Aus dem deutschen Volke ist der moderne deutsche Sozialismus gekommen. Und wenn wir diesen Stolz entwickeln, so werden uns die Genossen anderer Völker nicht des Chauvinismus beschuldigen. Die polnischen und czechischen Sozialdemokraten haben dieselbe Bewunderung für die deutschen Begründer des Sozialismus wie wir. (Lebh. Beif.) Schuhmeier-Wien kann dieses Rezept nicht billigen. Jeder Genosse habe eben nicht die deutsche Krampfader, wie der Pernerstorfer. (Stürmische Heiterkeit.) Wir müssen den Deutschnationalen gegenüber weniger den deutschen, als den proletarischen Standpunkt hervorkehren und den Arbeitern sagen, Eure Interessen werden nur von der Sozialdemokratie vertreten. (Beifall.) Resel-Graz hält eine besondere Aktion der Partei den Deutschnationalen gegenüber für überflüssig. Wir können unsere Taktik in der gegenwärtigen verworrenen Situation den Deutsch-Nationalen gegenüber nicht für längere Zeit festlegen. Wir haben nicht die Geschäfte des Grafen Thun zu besorgen. Dr. Ellenbogen-Wien glaubt, daß die Polemik Schuhmeier's gegen Pernerstorfer auf einem Mißverständniß beruhe. Es giebt keine klugere Taktik, als wenn man dem Gegner beweist, daß er sein Wahlprogramm nicht einhält. Was heißt nationale Politik? Eine Nation auf ein hohes Kulturniveau bringen. Wir weisen nun nach, daß die Deutsch-Nationalen als eine kapitalistische Partei mithilft, alle kulturellen Keime in den Massen zu tödten, tausende von Talenten, die im Volke schlummern, zu ersticken. Verfolgen wir diese Taktik, so handeln wir im höchsten Sinne national und sozialdemokratisch. Der Internationalismus besteht darin, daß wir das Kulturstreben aller Nationen gleichmäßig anerkennen und bewundern. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die Resolution des Referenten wird mit der Modifikation angenommen, daß aus dem Satze: Die Deutsch-Nationalen vertreten die Interessen der Arbeiter nur halb und zum Schein, die Worte „halb und" gestrichen werden.

Mit der Schlichtung einer Kompetenzstreitigkeit der Brünner Genossen wird eine Kommission betraut.

Damit schließt die heutige Sitzung.

Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Erfurt, 31. Mai 1898.

Anknüpfend an die gestrigen Verhandlungen über den Rechenschaftsbericht gelangt eine Resolution zur Annahme, welche fordert, daß die Monats- und Quartalsabschlüsse der einzelnen Verwaltungen zukünftig pünktlicher an den Hauptverwalter eingesandt werden, was im Interesse eines geordneten Verwaltungswesens unbedingt nothwendig sei.

Im weiteren wird durch die Resolution dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß namentlich in den größeren Verwaltungsstellen die zur Führung von Vorstandsämtern befähigten Kollegen sich von dieser Arbeit zurückziehen, statt ihre Kraft der guten Sache zu widmen. Bei „Streikangelegenheiten" wird von verschiedenen Rednern angeführt, daß bei ruhigerem Vorgehen sich hier und da ein Ausstand, dessen Resultat sich wohl sehr selten voraussehen lasse, vermeiden ließe. Dem Zentralvorstand wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Hamburger Steinbildhauer-Streik gutgeheißen. Nach ausgiebiger Debatte, in welcher Dau-Stuttgart das Vorgehen des Zentralvorstandes vertheidigt, gelangt eine Resolution zur Annahme (eingebracht von Lätsch-Königsberg und Stötzer-Berlin), durch welche dem Zentralvorstand für seine Stellungnahme im besagten Fall ein Vertrauensvotum ausgestellt wird.

Der nächste und wichtigste Berathungsgegenstand der Generalversammlung ist die weitere Ausgestaltung des Unterstützungswesens und die dadurch bedingte Erhöhung der Beiträge.

Im Jahre 1892 wurde auf der Generalversammlung zu Mainz eine Wittwen-Unterstützung beschlossen. Diesen Unterstützungszweig erweiterte dann im Jahre 1895 ein Beschluß des Zentralvorstandes dahin, daß beim Todesfall nach fünfjähriger Mitgliedschaft die hinterbliebene Wittwe 200 Mark erhält. Neuerdings macht sich namentlich in Berlin eine starke Strömung gegen die Wittwen-Unterstützung geltend. Es wurde eine Urabstimmung über die Frage herbeigeführt, welche ergab, daß Zweidrittel der Mitgliedschaft für Beibehaltung der Wittwen-Unterstützung ist. Heute beschäftigt sich nun die Generalversammlung mit dieser Angelegenheit. Die Meinungen der Delegirten gehen hier erheblich auseinander. Während einige Redner den Standpunkt vertreten, daß man an der Urabstimmung als besten Ausdruck des Willens der Allgemeinheit nicht rütteln soll und in dem guten Ausbau des Unterstützungswesens die beste Agitation für den Verband finden, sind andere Redner entgegengesetzter Meinung. Diese bezeichnen die hohen Beitragsleistungen als ein Hinderniß für Mitgliedergewinnung, auch würden durch den Umstand, daß man überall das Unterstützungswesen in den Vordergrund stelle, die wirklichen Ziele einer Arbeiterorganisation verdunkelt. Eine Gewerkschaft habe für Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Berufsangehörigen zu sorgen, nicht aber sich mit Unterstützungsfragen zu befassen. Die Diskussion, welche mehrere Stunden beansprucht, wird abends 6 Uhr abgebrochen.

Neunter Kongreß der Deutschen Steinarbeiter.

Würzburg, den 31. Mai 1898.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Erhöhung der Beiträge empfiehlt auch der Vertreter der schwedischen Steinarbeiter, Malmberg, den deutschen, die Beiträge zu erhöhen nach dem Antrage Thomas. Eine Anzahl Delegirte aus den Steinbruchdistrikten Lörrach, Mannheim, Fechenbach sprechen gegen die Erhöhung der Beiträge in der vorgeschlagenen Höhe. Die Abstimmung ergiebt die Annahme des Antrages Schall-Berlin, der dahin geht, pro Kopf und Woche 20 Pf. Beitrag zu entrichten und die Streikfonds-Marken ganz wegfallen zu lassen, mit 39 gegen 14 Stimmen. Es wird beschlossen: Jedes Mitglied zahlt so lange Beiträge, wie es in Arbeit steht (bei Arbeitslosigkeit werden keine Beiträge bezahlt). Allen Orten wird zur Pflicht gemacht, Beiträge nach prozentualer Berechnung einzuführen. Die neue Beitragsleistung tritt am 1. Juli in kraft. Im nächsten Punkt der Tagesordnung werden die Wahlen der Delegirten zur internationalen Konferenz der Steinarbeiter am 2. Juni vorgenommen. Zu dieser Konferenz werden entsendet die Geschäftsleitung Mitschke und Hirtmann, der Redakteur Thomas; ferner als Delegirte Ottomar Schmidt-Dresden, Schülein-Hof, Arnold-Hamburg.

Der Punkt: Stellungnahme zu Streiks wird durch ein Referat Thomas' eingeleitet, der ein von der Geschäftsleitung ausgearbeitetes Streikreglement begründet. Eine ganze Reihe von Rednern sprechen zur Debatte. Während Arnold-Hamburg dafür eintritt, daß jeder Streik nur örtlich geregelt und entschieden werden soll, empfiehlt Winkler-Berlin, den Schwerpunkt und die Entscheidung bei Streiks in die Hände der Geschäftsleitung zu legen. Die Entwickelung aller guten Kampforganisationen habe denselben Weg genommen, auch fehle häufig an einem Orte die Uebersicht über die Geschäftslage.

Die bisherige Taktik, in öffentlichen Versammlungen durch unorganisirte Arbeiter willkürlich Streiks zu beschließen, müsse beseitigt werden. Ferner sei nothwendig, bei Streiks rechtzeitig mit den Steinbildhauern Hand in Hand zu gehen, um Vorkommnisse unmöglich zu machen, wie beim letzten Steinbildhauerstreik. Auch bei Aufbringung finanzieller Mittel sei dies im Interesse leider Gruppen nöthig, desgleichen bei der Agitation.

Bei Arbeitsniederlegungen wegen Maßregelungen wird beschlossen, jedesmal die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. Das von der Geschäftsleitung ausgearbeitete Streikreglement gelangte sodann mit einigen Aenderungen zur Annahme.

Die erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands

tagte am Pfingstmontag, den 30. Mai 1898, in Frankfurt a. M. Anwesend sind neun Delegirte, sowie als Vertreter der Generalkommission Sabath-Hamburg. Der Vorsitzende erstattet den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes in dem Geschäftszeitraum vom 1. Juli 1897 bis 31. März 1898. Der Verband zählte danach 337 Mitglieder.

Die Kasseneinnahme betrug 2718,18 M., die Ausgabe 2429,78 M., so daß ein Kassenbestand von 283,40 M. verblieb.

Wolf-Frankfurt beantragt zur Organisationsfrage folgende Resolution, die einstimmige Annahme findet: „Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands ist der Meinung, daß sich die Form der Zentralisation durchaus bewährt hat und hält es im Interesse des wirksamen und kräftigen Zusammenarbeitens für die Pflicht der auf gemeinschaftlichem Boden mit dem Zentralverbande, aber wohl abseits stehenden Organisationen, sich dem Verbande anzuschließen." Ueber „Unsere Forderungen" referirt an stelle des verhinderten Dr. Quarck, Wolf-Frankfurt: Er schlägt ein Agitationsprogramm vor, welchem nach zweistündiger Diskussion folgende Forderungen zu grunde gelegt werden:

1. Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses; Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden bei Festsetzung eines Uebergangsstadiums. 2. Obligatorischen Fortbildungsschul-Unterricht während täglich zwei Stunden des Vormittags für Angestellte unter 18 Jahren. 3. Vollständige Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden. 4. Gesetzliches Verbot aller Abzüge vom Gehalt außer derjenigen für Versicherung: Bessere Anpassung der Versicherungsgesetze an die Bedürfnisse der Handlungsgehilfen. 5. Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte im Anschluß an die Gewerbegerichte unter Hinzuziehung der Gehilfen. 6. Handelsinspektion nach Art der Gewerbe-Inspektion und im Anschluß an dieselbe. 7. Verbot der Konkurrenzklausel. 9. Gesetzliche Verpflichtung des Prinzipals, das Gehalt während militärischer Uebung des Gehilfen diesem bis zu sechs Wochen weiterzuzahlen. Beschlossen wurde sodann, die Stellenlosen-Unterstützung einzuführen und zwar in Höhe von 1 M. pro Tag, auf die Dauer von 8 Wochen nach zwölfmonatlicher Karenzzeit, Rechtsschutz soll nach dreimonatlicher Karenzzeit gewährt werden. Zum Vorsitzenden des Verbandes wird G. Segnitz-Hamburg wieder-, zum Redakteur des Verbandsorgans M. Josephsohn-Hamburg gewählt.

Erster Kongreß des Verbandes der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Am 30. und 31. Mai sowie am 1. Juni fand in den Arminhallen zu Berlin der erste Kongreß der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen statt, der mit der Absicht einberufen worden war, einen Zentralverband dieser Hilfsarbeiter zu stande zu bringen. Der Kongreß war von 20 Delegirten aus Berlin, Hamburg, Mainz, Stuttgart, München, Leipzig, Breslau, Hannover, Kassel und Straßburg besucht. Außerdem war die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg durch Frau Kähler vertreten. Auch Herr Döblin, der Vorsitzende des deutschen Buchdrucker-Verbandes, betheiligte sich während der beiden letzten Tage rege an an den Verhandlungen. Den Vorsitz führten abwechselnd Herr H. Jahns und Frau Paula Thiede.

Am ersten Verhandlungstage wurden die Situationsberichte über die Arbeitsverhältnisse an den durch Delegirte vertretenen Orten gegeben. Es zeigte sich, daß die Löhne, namentlich der Hilfsarbeiterinnen, an manchen Orten ganz außerordentlich geringe sind und infolge dessen die Organisirung dieser Arbeiterinnen große Schwierigkeiten macht. Mit Ausnahme einiger weniger älterer Vereine stammen die meisten der bis jetzt bestehenden Ortsvereine aus allerjüngster Zeit und haben vielfach bis jetzt nur eine sehr geringe Mitgliedschaft. Im ganzen werden die organisirten Arbeiter der Branche auf etwa 1600 Personen geschätzt.

Gleich nach Erledigung dieser Tagesordnungspunkte ging man an die Besprechung der Gründung eines Zentralverbandes. Das Referat des Fräulein Klara Bien und alle Redner der nachfolgenden Diskussion sprachen sich einstimmig zu gunsten der Verbandsgründung aus.

In derselben ersten Sitzung erfolgte noch ein Referat des Herrn Jahns über die Arbeitsnachweise. Der Referent stellte sich auf den Boden, daß der Arbeitsnachweis unbedingt in die Hände der Arbeiter allein gehöre und daß an allen Druckorten, wo dies möglich sei, von den Hilfsarbeitern Arbeitsnachweise für die Branche errichtet werden sollen. Aus den erstatteten Situationsberichten war in der That hervorgegangen, daß die bis jetzt gegründeten Arbeitsnachweise verhältnißmäßig gut zu prosperiren scheinen. Außerdem wurde noch beschlossen, daß ein Zentral-Arbeitsnachweis gegründet werden soll, der vom Verbandsvorstand geleitet wird, um Ausgleichungen in Angebot und Nachfrage herbeiführen zu können.

In der Nachmittags-Sitzung des ersten Verhandlungstages referirte Otto Bleich, der Redakteur des Fachorgans „Solidarität", über den Stand der Presse. Die „Solidarität" wird von einem in Berlin bestehenden „Graphischen Kartell" herausgegeben, zu dem auch Steindrucker, Buchbinder 2c. gehören. Doch dient das Organ hauptsächlich zur Vertretung der Interessen der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, das Organ für die Mitglieder des neugegründeten Verbandes obligatorisch zu machen, doch wurde dieser Beschluß später wieder zurückgenommen, da der bewilligte Wochenbeitrag von 10 Pfennigen nicht ausreichen würde, um das Obligatorium des Fachblattes durchzuführen.

Am dritten Feiertag begann der Kongreß mit der Statutenberathung, die sich über den ganzen Tag bis 9 Uhr abends hinzog und am Mittwoch Vormittag zu Ende gebracht wurde. Die Versammlung beschloß zunächst einstimmig, die Gründung eines Zentralverbandes unter dem Namen „Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen."

Aus den nach langer Berathung zu stande gebrachten Statuten ist als von allgemeinerem Interesse unter anderem hervorzuheben, daß der Verband eine Arbeitslosen-Unterstützung von 50 Pf. pro Arbeitstag einführt. Ein klagbares Recht haben jedoch die Mitglieder auf die Unterstützungen nicht. Die Aufzunehmenden müssen das 18. Lebensjahr erreicht haben. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., der Wochenbeitrag 10 Pf.

Von der Berathung einer Reihe von Paragraphen, die die inneren Verwaltungsverhältnisse des Verbandes betreffen, wurde abgesehen und beschlossen, daß der Verbandsvorstand diese Dinge in Gemeinschaft mit Herrn Döblin, der sich bereit erklärt hat, seine gewerkschaftlichen Erfahrungen in den Dienst des jungen Verbandes zu stellen, berathen und die betreffenden Paragraphen formuliren solle.

Als Verbandsvorsitzende wurde einstimmig Frau Paula Thiede gewählt und als Sitz der Verbandsleitung Berlin bestimmt.

Der 13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerkvereine.

Magdeburg, den 31. Mai 1898.

An den Vortrag des Professors Dr. Lotz schloß sich das Korreferat des Verbandsredakteurs und Stadtverordneten K. Goldschmidt-Berlin, der folgenden Antrag unterbreitete:

Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, der deutschen Industrie, der deutschen Landwirthschaft und der Größe und Kraft unseres Vaterlandes, richtet der 13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Forderung:

„Die Handelsvertragspolitik ohne Erhöhung der Getreidezölle aufrecht zu erhalten und auszubauen und jede Störung derselben entschieden zurückzuweisen. Zugleich spricht der Verbandstag sein Bedauern aus, daß die Eingabe des Zentralraths an den Reichskanzler um Zuziehung von Arbeitervertretern zu der Vorbereitung neuer Handelsverträge erfolglos geblieben ist. Der Verbandstag wiederholt daher diese gerechte Forderung namens der gesammten Gewerkvereine.

An die Vorträge knüpfte sich eine stundenlange Debatte, die mit der Annahme des Antrages Goldschmidt endete.

Gleichfalls angenommen wurde folgender vom Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch gestellte Antrag zum Jahresberichte: „Der (13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker) protestirt gegen jede irgendwie geartete Beeinträchtigung des Arbeiter-Koalitionsrechts als ungerecht und gemeinschädlich, fordert vielmehr als unentbehrliches Mittel zur Abwehr von Druck und Elend und zur Herbeiführung besserer materieller, geistiger und sittlicher Zustände für die Arbeitermassen die vollste Koalitions- und Vereinigungsfreiheit und die Rechtsfähigkeit der Arbeiterberufsvereine durch lediglich gerichtliche Eintragung."

Der nächste Punkt der Tagesordnung brachte einen Vortrag von Mauch-Berlin über: „Wem gebührt die Aufgabe der Arbeitslosen-Unterstützung?" Der Vortragende kritisirte scharf die verschiedenen in letzter Zeit aufgetauchten Vorschläge über die Einrichtung der bezüglichen Unterstützung und erörtert eingehend den bekannten Sonnemann'schen Gesetzentwurf, den er als vollständig undemokratisch bezeichnete. Sollte die Kommune, wie Sonnemann vorschlage, die ganze Unterstützung leiten, müßte diese auch selbst, vielleicht durch ihre Polizeiverwaltung, die Kontrolle übernehmen, wodurch der Bevormundung der Arbeiter Vorschub geleistet werde. Der einzig richtige Weg sei, den freien nationalen Berufsorganisationen die Regelung der Unterstützungsfrage zu übertragen.

Denselben Anschauungen, nur in verschärfter Form, gab der Korreferent Hahn-Burg Ausdruck, der in einer längeren Resolution seinen Standpunkt niederlegte.

Der dritte Verhandlungstag brachte zunächst eine ausgedehnte Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung. Sämmtliche Redner verwarfen jedes Eingreifen des Staates oder der Kommune in der Arbeitslosen-Unterstützungsfrage, deren Lösung lediglich den Berufsorganisationen zufalle, wobei allerdings vor einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge nicht zurückgeschreckt werden dürfe. — Die Resolution Hahn-Burg gelangte zur einstimmigen Annahme.

Es folgte ein Vortrag Pioch-Berlin über: „Die Berufsorganisation der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter." Redner unterbreitete folgenden Antrag: „Zur wirksamen Lösung der Frage gewerblicher Frauenarbeit muß die Lage männlicher Arbeiter mit allen gesetzlichen Mitteln und durch Vereinigungen auf dem Boden der Selbsthilfe zu bessern gesucht werden.

Die Lohnarbeit verheiratheter Frauen ist möglichst ganz abzuschaffen. Die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen ist allmälig auf acht Stunden herabzusetzen, die Arbeitszeit jugendlicher weiblicher Arbeiterinnen entsprechend niedriger. Die Altersgrenze jugendlicher weiblicher Arbeiterinnen ist auf 18 Jahre zu erhöhen. Eine weitere Beschränkung aller Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben ist anzustreben. Die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren ist unbedingt nöthig und sind diese aus den mit dem Arbeiterleben bekannten und kenntnißreichen Kreisen zu wählen. Bei gleichen Leistungen haben Männer und Frauen gleichen Lohn zu beanspruchen, was zur Besserung der Löhne männlicher Arbeiter beiträgt.

Die Berufsorganisation der Arbeiterinnen ist das wichtigste Mittel zur Besserung ihres Looses. Die deutschen Gewerkvereine haben die Pflicht, soviel als möglich weibliche Mitglieder zu werben und denselben später zur Gründung eigener Frauen-Gewerkvereine behilflich zu sein. Die Arbeiterinnen müssen ihr Interesse diesen bewährten Organisationen zuwenden, um dadurch im Kampfe um ihre Existenz gestärkt zu werden. Den Arbeitsverhältnissen jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ist volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Möglichst frühzeitig sind dieselben in die Gewerkvereine aufzunehmen und durch gewerbliche Fortbildung zu fördern".

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Dem Parteigenossen Dr. Lütgenau in Dortmund ist auf die Anzeige, die er wegen des von uns kürzlich erwähnten anonymen Briefes an die Staatsanwaltschaft gerichtet hatte, von dem Ersten Staatsanwalt mitgetheilt worden, daß die Nachforschungen nach dem Schreiber des Briefes ergebnißlos geblieben seien und es deshalb Lütgenau überlassen werden müsse, den Verfasser selbst zu ermitteln. Eine Untersuchung gegen Lütgenau in Beziehung auf die Angaben des anonymen Briefes einzuleiten, was dieser noch beantragt hatte, lehnte der Erste Staatsanwalt ab, da kein Anlaß dazu vorliege.

— Redakteur Heinrich Schulz in Erfurt hat am zweiten Pfingstfeiertag das dortige Gefängniß nach Verbüßung einer zweimonatigen Freiheitsstrafe verlassen, die ihm wegen Majestätsbeleidigung auferlegt worden war. Er wurde während seiner Haft mit Erbsenlesen beschäftigt. Die Oberstaatsanwaltschaft in Naumburg hatte sein Gesuch um Selbstbeschäftigung unter Hinweis darauf abgeschlagen, daß er schon früher eine Freiheitsstrafe erlitten habe. Diese Strafe — 14 Tage Gefängniß — war vom Landgericht in Magdeburg über Schulz verhängt worden, weil er sich durch Rezitation eines Herwegh'schen Gedichts im Rahmen eines Vortrags über die deutsche Literatur des 19. Jahrhunderts gegen die öffentliche Ordnung vergangen haben soll. Diese „Verstrafe" war gewiß in jeder Hinsicht geringfügiger Natur, dennoch genügte sie der Strafvollziehungsbehörde, um unseren Parteigenossen Schulz, der von Beruf Lehrer ist und Vorlesungen an der Universität besucht hat, mit Erbsenlesen beschäftigen zu lassen, während der Bundesrath bereits im Oktober v. J. allgemein, also nicht nur in Beziehung auf politische Gefangene, verordnet hat, daß Gefängnißsträflingen, sofern sie im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und Zuchthausstrafe noch nicht verbüßt haben, gestattet werden kann, sich selbst zu beschäftigen, und daß im übrigen bei der Zuweisung von Arbeit auf den Gesundheitszustand, die Fähigkeiten und das künftige Fortkommen, bei Gefängnißsträflingen aber auch auf den Bildungsgrad und die Berufsverhältnisse Rücksicht genommen werden soll. Gegen diese vom Bundesrathe aufgestellten Grundsätze ist bei der Beschäftigung unseres Genossen Schulz in Beziehung auf den letzteren Punkt in so offensichtlicher Weise verstoßen worden, daß, eine Beschwerde beim Justizministerium, und, wenn diese wider unsere Annahme vergeblich gewesen wäre, eine solche beim Staatssekretär des Reichs-Justizamts wohl sofort Erfolg gehabt hätte. Redakteure, die wegen politischer Vergehen verurtheilt sind, im Gefängniß wie Diebe und Zuhälter behandeln zu lassen, daran hat selbst der moderne Polizeistaat kein wirkliches Interesse. Glauben manche untere Strafvollstreckungsbehörden gegenüber den Redakteuren der Arbeiterblätter die vom Bundesrath vorgeschriebenen Rücksichten nicht nehmen zu müssen, so muß man sie auf dem Wege der Beschwerde bis zur letzten Instanz eines besseren belehren. Daran haben es die Redakteure unserer Parteiblätter bisher fast immer fehlen lassen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß das geduldige Ertragen der unwürdigen Behandlung das Uebel nur steigert.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Frage wegen Abschlusses eines neues Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken und wegen Entbindung der Berliner Elektrizitätswerke von der Verpflichtung zur Legung von Kabelleitungen in einer Reihe von Straßen innerhalb des im Vertrage vom 25. August 1888 bestimmten Stadtgebiets hat gestern Abend unter Vorsitz des Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreters Michelet und in Anwesenheit des Bürgermeisters Kirschner wiederum eine mehrstündige Sitzung abgehalten. Es wurden in erster Lesung die ersten neun Paragraphen des Vertrages durchberathen und mit unwesentlichen Aenderungen nach der Magistratsvorlage angenommen. Vorher war beschlossen worden, den Vertrag erst ganz durchzuberathen und dann erst darüber Entscheidung zu treffen, ob die Werke von der Stadt übernommen werden sollen oder nicht.

Lokales.

Sozialdemokratische Wählerversammlungen. Für die Wähler des Hansaviertels findet heute Abend 8 Uhr in den Spreehallen, Kirchstr. 27, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Rechtsanwalt Wolfgang Heine über den Reichstag und die bürgerlichen Parteien sprechen wird. — Die Kaufleute halten heute Abend 8½ Uhr im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Friedländer über die Stellung der Handlungsgehilfen bei der Reichstagswahl referirt. — In Friedrichsberg tagt heute Abend 8½ Uhr bei Müller, Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 86, eine Volksversammlung. Genosse Glocke hält über die bevorstehenden Reichstagswahlen ein Referat.

Am Freitag Abend 8½ Uhr spricht Genosse Arthur Stadthagen in einer in der Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53, tagenden Wähler-Versammlung des vierten Reichstags-Wahlkreises. Tagesordnung: „An's Vaterland, an's theure, schließ' Dich an!"

Parteigenossen, agitirt für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen!

Zur Lokalliste. Das Lokal „Paradies-Garten", Schönhauser Allee ist, da ein Saal nicht vorhanden, irrthümlich im Nachtrag zur Lokalliste als gesperrt bezeichnet worden. Die Lokalkommission.

Vereine und größere Gesellschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß für die Orte: Kaulberge Rüdersdorf, Dorf Rüdersdorf, Woltersdorf und Woltersdorfer Schleuse, Erkner, Hessenwinkel, Teufelssee, Friedrichshagen, Neu-Rahnsdorf, Rahnsdorfer Mühle, Hirschgarten und Fichtenau Auskunft über Lokalverhältnisse u. s. w. von dem Lokalkommissions-Mitgliede G. Mertens, Friedrichshagen, Mühlenstr. 64b, ertheilt wird. Die Lokalkommission.

Der Genosse Paul Jahn ist, wie uns gemeldet wird, am Mittwoch verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß abgeführt worden. Er war eben von der Agitation zur Reichstagswahl zurückgekommen. Wie wir hören, stand in der Zeit seiner Abwesenheit von Berlin in einer Strafsache ein Termin gegen ihn an, sodaß es sich vermuthlich um einen Gerichtsbeschluß handelt, den Genossen wegen Nichterscheinens zum Termin zwangsweise vorführen zu lassen.

Der Lokalanzeiger hat wieder einmal in Arbeiterangelegenheiten, die ihn doch wenig kümmern sollten, die Glocken läuten hören, ohne daß er weiß, wo sie hängen. Er berichtet: Die Adlershofer Illuminationsaffäre wird nochmals, und zwar in zwiefacher Form, die Gerichte beschäftigen. Zunächst will ein geringer Theil der Bestraften Berufung gegen das von uns mitgetheilte Urtheil des Köpenicker Schöffengerichts einlegen, und zwar hat man sich zu dieser Maßnahme entschlossen, da die höhere Instanz nur die prinzipiell wichtige Frage des „groben Unfugs" entscheiden soll. Ferner wird das Flugblatt, welches die Aufforderung zur Illumination enthielt, seines aufreizenden Inhalts halber Veranlassung zu einer Anklage geben." Von der Anklage wegen des Flugblattes wissen die Betheiligten überhaupt nichts; es wäre auch sehr wunderlich, wenn der Staatsanwalt, der sonst den Sozialdemokraten gegenüber ein Muster von Aufmerksamkeit ist, sich erst nach einem Vierteljahr zu kühner That bequemte. Und was die Berufung gegen das Köpenicker Urtheil im Illuminationsprozeß betrifft, so wird dies Rechtsmittel am heutigen Tage eingelegt und zwar nicht von einem „geringen Theil" der „Bestraften", sondern von sämmtlichen **122**, also auch von dem einen Angeklagten, der sich selbst vertheidigt hat. Es wäre auch noch schöner, wenn irgend jemand sich bei einem solchen Urtheil beruhigen und seiner Sache die agitatorische Wirkung einer neuen Verhandlung entgehen lassen sollte!

Zur Stellungslosigkeit unter den Handlungsgehilfinnen. Der „Kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte" theilt in seinem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht pro 1897 das Ergebniß der Ermittelungen mit, die auf dem Stellennachweis des Vereins über die Dauer der Stellungslosigkeit der Bewerberinnen gemacht worden sind. Die Angaben beschränken sich auf die 1752 durch den Nachweis in Stellung gebrachten Gehilfinnen, während die Zahl aller durch ihn Stellung suchenden Gehilfinnen 2077 war. Von diesen 1752 waren bis zum Antritt der neuen Stellung beschäftigungslos: 621 keinen Tag, 57 zwischen 3—7 Tage, 145 zwischen 1—2 Wochen, 234 zwischen 2—4 Wochen, 391 zwischen 1—3 Monate, 195 zwischen 3—6 Monate, 63 zwischen 6—9 Monate, 31 zwischen 9—12 Monate, 15 über 1 Jahr. Man sieht, daß nicht blos unter den Handlungsgehilfen, sondern auch unter den Gehilfinnen — obwohl die Nachfrage nach diesen billigeren Arbeitskräften bedeutend ist und noch immer wächst — eine große Schaar von Beschäftigungslosen vorhanden ist, die durch ihr Angebot die Preise noch weiter drücken. In dem Bericht wird dazu bemerkt, die Beschäftigungslosigkeit bedeute nicht immer die Unmöglichkeit, Beschäftigung zu erlangen, sondern könne auch durch Krankheit, zeitweilige Mithätigkeit im elterlichen Hause u. s. w. herbeigeführt sein. Das stimmt; aber das Gewicht der mitgetheilten Zahlen wird dadurch nur wenig abgeschwächt.

Heute sind 20 Jahre verflossen, seitdem Nobiling seine Schrotflinte auf Wilhelm I. abfeuerte. Dieses Attentat gab für Bismarck den willkommenen Anlaß, um auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft eine bis dahin unerhörte Hetze zu eröffnen, die schließlich in der Annahme und rücksichtslosen Anwendung des Schandgesetzes ihren Höhepunkt erreichte. Die Sozialdemokratie sollte mit Gewalt ausgerottet werden. Es kam bekanntlich anders. Die Sozialdemokratie wuchs gerade unter dem Schandgesetz zur stärksten Partei Deutschlands heran, und Bismarck liegt seit acht Jahren lebendigtodt in Friedrichsruh begraben. Andere, minder begabte Thoren lassen sich dieses klägliche Schicksal der Gewaltspolitik leider nicht zur Warnung dienen. Auch sie werden sich an der Sozialdemokratie die Finger verbrennen.

Die Große Berliner Straßenbahn hat neuerdings der städtischen Verkehrsdeputation 20 Blatt Projektpläne über die beabsichtigte Einrichtung der Linie Rixdorf — Pappel-Allee (Ecke Schönhauser Allee) für den elektrischen Oberleitungsbetrieb zur Genehmigung unterbreitet; die Linie führt von der Haltestelle vom Verbindungsbahnhof Rixdorf über die Berg-, Berlinerstraße, den Hermannsplatz, Kottbuser Damm, die Kottbuserbrücke, Dresdenerstraße, den Oranienplatz, die Oranienstraße mit Moritzplatz, Kommandanten-, Beuthstraße, den Spittelmarkt, die Gertraudtenbrücke und Gertraudtenstraße in der einen, den Petriplatz, die Scharrenstraße und Breitestraße in der anderen Fahrrichtung, den Köllnischen Fischmarkt, Mühlendamm, Molkenmarkt, die Spandauer-, Kaiser Wilhelm-, Rosenstraße, Straße an der Spandauerbrücke, den Hacke'schen Markt, die Rosenthaler-, die Neue und Alte Schönhauserstraße, die Schönhauser Allee bis zum Endpunkt in der Pappel-Allee. Die Genehmigung zu diesem Ausbau ist gleichzeitig beim Polizeipräsidium und den zuständigen Verwaltungen nachgesucht worden.

Ein begehrtes Amt. Nachdem die Meldefrist mit dem 31. Mai cr. abgelaufen ist, haben sich zu der erledigten Stelle eines Stadtraths in Berlin 24 Personen gemeldet, und zwar 9 Bürgermeister, beziehungsweise Beigeordnete, 1 Amtsrichter, 4 Stadträthe, 4 Berliner Magistratsassessoren, 3 Rechtsanwälte und Notare, 1 Divisionsauditeur, 1 Gerichtsassessor und Güter-Generalbevollmächtigter.

Die Festnahme der beiden Unteroffiziere vom Garde-Kürassier-Regiment erfolgte bekanntlich nach einem Erpressungsversuch, den sie in derselben Nacht verübten, in welcher die Louise Günther ermordet worden ist. Die Erpressungen haben sie gegen den Grafen v. G., welcher unverheirathet ist und als Rentier seit dem 1. April in der Blücherstraße, nahe der Gneisenaustraße, wohnt, verübt. Der Graf, von welchem dem Vernehmen nach in eingeweihten Kreisen schon längst bekannt ist, daß er homosexuellen Leidenschaften ergeben sei, hatte, nachdem beide Unteroffiziere ihm in seiner Wohnung ihre Forderungen vorgebracht hatten, aus Furcht vor öffentlicher Bloßstellung versucht, sich bei einem in demselben Hause wohnhaften Gärtner eine Summe von 150 M. zu leihen, welche er den Unteroffizieren als Schweigegeld geben wollte. Da der Gärtner aber seinem Ansinnen nicht entsprach, so wandte er sich, gleichfalls ohne Erfolg, an einen Gastwirth. Was zwischen dem Grafen und den beiden Soldaten vorgefallen ist, entzieht sich selbstverständlich der Oeffentlichkeit. Dem Militärgericht, welches allein in der Angelegenheit kompetent ist, dürfte es überlassen bleiben, Licht in die Angelegenheit zu bringen, wenn nicht das bürgerliche Strafgericht, dem der Graf v. G. unterstellt ist, der Angelegenheit näher tritt. Das Generalkommando des Gardekorps giebt folgende Erklärung ab: „Die Verhaftung zweier Unteroffiziere des Garde-Kürassier-Regiments steht mit der Ermordung der Louise Günther nicht in Zusammenhang. Es besteht auch nicht der mindeste Verdacht, daß jene Unteroffiziere oder überhaupt eine Militärperson an dem Morde betheiligt sein könnten. Die Behauptung, Louise Günther habe am Abend vor der Mordnacht einen der Unteroffiziere in der Kaserne besucht, ist unzutreffend."

Als eine Unziemlichkeit, die auf den Ordnungssinn eines großen Theils der Berliner Einwohnerschaft ein schlechtes Licht wirft, muß der bekannte Brauch vieler Ausflügler bezeichnet werden, nicht allein Stullenpapier, sondern auch Konservenbüchsen, leere Flaschen 2c. im Walde fortzuwerfen. Diese Ungehörigkeit, die manchem Spaziergänger den Aufenthalt im Grunewald verleidet hat, gab am Dienstag zu einem schweren Unglücksfall die Veranlassung. Der Arbeiter Lambert aus der Ackerstraße hatte mit seiner Familie einen Ausflug unternommen. Auf dem Rückwege nach dem Bahnhof Grunewald stürzte L. in der Nähe vom Hundekehlen-See über eine hochstehende Wurzel und fiel vornüber zu Boden. Hierbei schlug der linke Arm auf Glasscherben, deren scharfe Kanten tief in das Fleisch in der Nähe der Pulsader eindrangen. Der Arbeiter mußte sich die stark blutende Wunde bei einem Arzt der Kolonie Grunewald verbinden

lassen, wobei festgestellt wurde, daß auch eine Sehne des Armes verletzt worden ist.

Ein zur Haft gebrachter Obdachloser hat zwei baumwollene Sweater, einen mit gelben und einen mit rothen Streifen, sowie einen schwarzen Schlapphut wahrscheinlich in einem Laden gestohlen, da er den redlichen Erwerb der Gegenstände nicht nachweisen kann. Der unbekannte Eigenthümer derselben, der im Norden Berlins wohnen dürfte, wolle sich zur Empfangnahme in den Vormittagsstunden im Gebäude des Polizeipräsidiums Zimmer 325 melden.

Die von ihrem Manne in der Nacht zum Pfingstsonntag tödtlich verletzte Maurersfrau Hertel aus der Kl. Markusstraße ist im Krankenhause gestorben.

Ein neiter Kriegsmann. Ein Urlauber, der Musketier Kersten vom 46. Infanterie-Regiment zu Posen, hat hier in Berlin sich in bürgerliche Kleidung gesteckt und ist dann mit seinem Bruder auf Einbrüche ausgegangen. Der Soldat in Zivil besorgte die „Arbeit", während sein Bruder „Schmiere stand". Am Vormittage des zweiten Feiertages wurde das saubere Paar bei einem Einbruch in ein Kartongeschäft abgefaßt und der Kriminalpolizei übergeben. Diese gab den Haupthäter an die Kasernenwache des Alexander-Regiments weiter, die ihn durch zwei Mann mit einer Droschke dem Militär-Arrestgebäude I in der Lindenstraße zuführte, während sein Bruder nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht wurde.

Die verschwunden gewesene elfjährige Tochter des Rangirmeisters Langner, Sellerstraße 15, ist als Leiche aus dem Tegeler See gelandet worden. Die verzweifelten Eltern glauben nicht, daß ihre Tochter verunglückt ist, sondern meinen, sie sei einem Verbrechen zum Opfer gefallen.

Verschiedene Mittheilungen. In einer Schankwirthschaft in der Kirchstraße entstand gestern früh eine Schlägerei, bei welcher die 20 Jahre alte Schneiderin Elisabeth Gollert eine erhebliche Verletzung am Hinterkopfe davontrug. — Vor dem Hause Lichterfelderstraße 20 fiel der Lithograph Eugen Kraft in Krämpfen zu Boden und zog sich einen Schädelbruch zu. — Der 22jährige Schlosser Bruno L. versuchte in seiner Wohnung in der Swinemünderstraße sich durch Oeffnen der Pulsadern des linken Armes zu tödten. Der Schwerverletzte wurde nach Anlegung eines Verbandes in die Charitee geschafft. Der Selbstmordversuch ist auf Liebesgram zurückzuführen. — Der 7 Jahre alte Knabe Rudolf Behrendt wurde in der Straußbergerstraße von dem Arbeiter Max Kuckuck mit dem Zweirade überfahren und erlitt Verletzungen im Gesicht und am Hinterkopfe.

Der evangelische-soziale Kongreß tagt heute und morgen Lützowstr. 111. Die Herren scheinen nur auf eine zahlungsfähige Zuhörerschaft zu rechnen. Die Eintrittskarten kosten 1,50 M. bis 5 Mark.

Theater. Das Deutsche Theater bringt bis zu den Ferien noch folgende Vorstellungen: Heute, Donnerstag: „Don Carlos" mit Josef Kainz in der Titelrolle; morgen, Freitag: „Johannes"; Sonnabend: „Der Biberpelz"; Sonntag Nachmittag: „Die versunkene Glocke"; abends: „Johannes". Die Wiedereröffnung des Theaters findet am Sonnabend, den 6. August statt. — Das Schiller-Theater beginnt Donnerstag den 9. Juni mit der Ausgabe neuer Abonnementshefte (enthaltend 5 Eintrittskarten) für das am 1. September 1898 beginnende 1. Quartal des neuen Spieljahres 1898/99. Anmeldungen auf neue Abonnements werden von heute bis Montag in der Billet-Abtheilung des Theaters entgegengenommen. Die näheren Abonnementsbedingungen sind an den Anschlagssäulen ersichtlich.

Feuerbericht. Mittwoch gegen 2½ Uhr nachts veranlaßte der Brand eines Stallgebäudes das Ausrücken der Wehr nach der Frankfurter Allee 156. Um das Umsichgreifen des Feuers, welches reichliche Nahrung fand, zu verhüten, mußte ein Rohr zu Hilfe herangezogen werden. Trotzdem dauerte der Brand einige Zeit. Nachmittags 5 Uhr wurde die Wehr nach der Friedrichstraße 179 gerufen, woselbst eine Gasexplosion erfolgt war. Hierbei erlitt der Pachmeister Siedel an den Händen und im Gesicht erhebliche Brandwunden. Auf der Unfallstation wurde ihm die erste Hilfe zu theil.

Aus den Nachbarorten.

Reinickendorf. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an der Agitationstour am 5. Juni zahlreich zu betheiligen. Berliner Genossen, welche sich anschließen wollen, sind willkommen. Treffpunkt bei Rühle, Gasthof zur Eisenbahn am Bahnhof Schönholz morgens 5 Uhr. Der Vertrauensmann.

Um sich einer großen Schuldenlast zu entziehen, ist der Buchmacher Ewald Schwartz aus der Wallstr. 68 zu Charlottenburg seinen Gläubigern mit Kind und Kegel ins Ausland durchgebrannt. Schwartz war früher herrschaftlicher Kutscher. Vor einigen Jahren versuchte er einmal, man weiß nicht recht womit, sein Glück in Holland, kehrte aber enttäuscht zurück und wurde wieder Kutscher. Doch hielt er es nirgends lange aus. Schließlich gefiel es ihm auf dem Kutschbock ganz und gar nicht mehr. Er wurde „Sportsman", und da er mit einigen gelegentlichen Wetten Glück hatte, Buchmacher. Das Glück blieb ihm auch jetzt zunächst treu, um ihm dann kurz vor Pfingsten den Rücken zu wenden. Ein einziger schwerer Schlag machte ihn vollends zahlungsunfähig. In aller Eile pumpte er noch seine Freunde, Kutscher, Restaurateure 2c., an, einen Kutscher um 300 M., und verschwand dann mit seiner ganzen Familie. Zunächst glaubte man, er habe einen Ausflug gemacht, als aber der Hauswirth die Wohnung öffnete, fand er einen Zettel, auf dem sein Miether ihm mittheilte, daß er ins Ausland gegangen sei, weil er hier auf keinen grünen Zweig kommen könne. Der Wirth und die anderen Gläubiger, die sich an der Wohnungs-Einrichtung schadlos halten wollten, erfuhren auch nach dieser Richtung eine Enttäuschung. Die Möbel waren auf Abzahlung entnommen und noch nicht bezahlt; sie wurden daher auf grund des Leihkontraktes von dem Lieferanten wieder abgeholt.

In den Rixdorfer Volksschulen ist, wie die „Päd. Ztg." mittheilt, nach Regulirung der Lehrergehälter eine bedeutende Erhöhung der Klassenfrequenz eingetreten. In dem genannten Blatt wird vorgerechnet, daß in ca. 180 Klassen mit ca. 160 Lehrkräften, wenn auf jede Klasse eine Frequenzerhöhung von 8 Kindern kommt, etwa 1440 Kinder mehr untergebracht werden können, also mindestens 20 Lehrkräfte mit 37 000 M. Gehalt erspart werden. — Auf den engen Zusammenhang zwischen Klassenfrequenz und Lehrergehältern haben wir bei Besprechung der Berliner Verhältnisse mehrfach hingewiesen. Vielleicht erleben wir in Berlin, wo man — dank der „freisinnigen" Gemeindeverwaltung — noch weniger als in den meisten Vororten für die Volksschule und ihre Lehrer übrig hat, nächstens dasselbe Manöver der Erhöhung der Klassenfrequenz.

Der bei Tegelort vor einigen Wochen in der Havel untergegangene Dampfer „Grebbin" ist gehoben und nach einer Schiffsbau-Anstalt in Spandau zur Ausbesserung geschleppt worden.

Auf der Görlitzer Bahn hat sich ein schwerer Unglücksfall ereignet, indem bei der Einfahrt eines Vorortzuges in die Station Johannisthal-Niederschöneweide der Heizer Jache das Funktioniren der Speisepumpe der Maschine beobachten wollte, sich zu diesem Zweck seitwärts aus der Lokomotive hinausbeugte und so mit dem Kopfe gegen einen Signalmast schlug. Zum Glück war die Schutzkette, welche das Herabfallen des Personals vom Führerstand verhindern soll, vorgelegt, so daß der Heizer über derselben hängen blieb. Der Führer, welcher den Unfall nicht gleich bemerkt hatte, weil er seine Aufmerksamkeit bei der Einfahrt des Zuges auf die Strecke richten mußte, rief den Heizer wiederholt an, und erst als er den überhängenden Mann beim Rockkragen faßte und in die Lokomotive hereinheben wollte, sah er, was geschehen war. In Johannisthal wurde der schwer verletzte Heizer verbunden und mit Begleitung nach Berlin in ein Krankenhaus geschafft.

Ein sehr eigenthümliches Erlebniß hatten verschiedene Ausflügler am zweiten Feiertage auf der Vorortsstation Sadowa. Einige Frauen, welche am Abend nach Berlin zurückfahren wollten, suchten, wie uns ein Leser berichtet, die Toilette auf, fanden jedoch die Thür verschlossen. Sie theilten dies ihren Männern mit, welche sich zum Stationsvorsteher begaben, um von diesem die Freigabe des Aborts zu erwirken. Der Bahnbeamte erfüllte, wie uns berichtet wird, diese Bitte jedoch nicht, sondern soll den Fahrgästen geantwortet haben, daß die Eisenbahnverwaltung nicht nöthig habe, auf den Bahnhöfen die Klosets offen zu halten; es sei besonders angeordnet worden, daß die Toiletten geschlossen blieben. Und damit hatte es sein Bewenden. Aufklärung thut dringend noth.

Die neue Charlottenburger Polizeiverordnung, wonach sämmtliche Droschken mit Fahrpreisanzeiger versehen sein müssen und die Kutscher bei einer Fahrt in Charlottenburg und von dort nach Berlin bis zur Berliner Weichbildgrenze nur die einfachen Tarifsätze berechnen dürfen, ist gestern in Kraft getreten. Nur 14 Charlottenburger Fuhrherren haben ihre Wagen der dortigen Polizei vorgestellt; die übrigen haben es vorgezogen, ihre Droschken bei der Berliner Polizei anzumelden und vorzustellen. Sie sind dadurch in der Lage, auch in Zukunft „schwarz", d. h. zu alter Taxe ohne Fahrpreisanzeiger zu fahren.

Soziale Rechtspflege.

Wegen Mißhandlung einer Mitarbeiterin war der Hausdiener D. entlassen worden. Er verklagte darauf den bisherigen Arbeitgeber, Restaurateur Fallenberg, auf Gewährung einer Lohnentschädigung für drei Tage, indem er geltend machte, daß ihm eine dreitägige Kündigungsfrist zustehe. Der Beklagte wurde denn auch dem Klageantrage gemäß verurtheilt. Gewerberichter Krause hob jedoch in der Publikation besonders hervor, daß diese Verurtheilung nur möglich und nothwendig sei infolge einer Lücke im Gesetz. Die Gewerbe-Ordnung enthalte leider keine Vorschrift, wonach die gröbliche Mißhandlung eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin zur sofortigen Entlassung eines Uebelthäters berechtige. Der Kläger habe eigentlich die sofortige Entlassung verdient, da er eine Mitarbeiterin aufs gröblichste mißhandelt habe.

Gerichts-Zeitung.

Ueber die Befugniß der Polizeibehörde, Versammlungen bei Störungen der Ruhe und Ordnung aufzulösen, hat das Oberverwaltungsgericht neuerdings Veranlassung gehabt, sich zu äußern. § 5 des Vereinsgesetzes ertheilt der Polizei nur die Befugniß zu sofortiger Auflösung bei mangelhafter Erfüllung der Anzeigepflicht, oder wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen 2c. Das Oberverwaltungsgericht sagt aber in einem Erkenntnisse, wie der „Deutschen Juristenzeitung" zu entnehmen ist, folgendes: Wer von seinem Versammlungsrechte Gebrauch macht, ist hierbei nicht allein durch die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, sondern auch durch die sonst allgemein bestehenden gesetzlichen Vorschriften beschränkt. Es unterliegen daher Versammlungen unter den Voraussetzungen des § 5 des Vereinsgesetzes der Auflösung; zugleich aber sind, wenn in ihnen die sonstigen, unter dem Schutz der Polizei gestellten Interessen verletzt werden, z. B. wenn in ihnen die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört wird, die dadurch nothwendig werdenden polizeilichen Anordnungen zulässig. Im letzteren Falle darf aber die Polizei nicht über das Maß des Nothwendigen bei ihren Anordnungen hinausgehen, sie muß sich also z. B., wenn eine Strafthat in der Versammlung begangen oder wenn von einem Theilnehmer die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört wird, zunächst auf Maßregeln gegen die Person des Thäters beschränken und kann nicht ohne weiteres die Versammlung deshalb auflösen. Wenn dagegen durch das Gebahren des betr. Thäters gegen die Vorschriften des Vereinsgesetzes verstoßen, so ist das Einschreiten der Polizeibehörde nicht nur auf Maßregeln gegen die Person des Thäters beschränkt.

Die Inseraten-Agenten und die verbotene Anpreisung von Geheimmitteln. Eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 9. Januar 1888 verbietet ganz allgemein die öffentliche Ankündigung von Heilmitteln. Wegen gemeinsamen Vergehens gegen dieses Verbot wurden angeklagt der verantwortliche Redakteur des in Kyritz erscheinenden „General-Anzeigers für die Prignitz" und Herr Emmerich, der Vorsteher der Breslauer Filiale der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse. In dem „General-Anzeiger" war die „neueste und beste Wundheilsalbe", das Vulnerol, angezeigt worden. Am Schlusse enthielt die bombastische Anpreisung den Hinweis, daß in Kyritz und Umgegend die Salbe in den Apotheken zu haben sei. Emmerich hatte in Breslau die Annonce für die genannte Zeitung angenommen und sie seiner Instruktion gemäß an die Zentralexpedition von R. Mosse in Berlin zur Weiterbeförderung gesandt. Das Schöffengericht verurtheilte beide Angeklagte zu Geldstrafen. Herr Emmerich legte Berufung ein und berief sich darauf, daß er die Annonce doch nur angenommen und sie lediglich nach Berlin an die Zentralexpedition gesandt habe. Das Landgericht wies aber die Berufung zurück und führte aus: Allerdings habe die Zentrale die Anzeige an die Zeitung gesandt, der Angeklagte Emmerich habe sie jedoch vorher an die Zentrale gegeben und dabei den Willen und die Absicht gehabt, dafür zu sorgen, daß sie an die Zeitung und zum Abdruck gelange. Der Abdruck habe ihm übrigens einen Prozentsatz am Gewinn verheißen. Er müsse demnach, wenn nicht als Thäter, so doch als Mitthäter angesehen und bestraft werden. Das Kammergericht trat diesen Darlegungen bei und wies die von E. eingelegte Revision als unbegründet zurück. Es führte außerdem noch aus, daß die fragliche Regierungs-Polizeiverordnung trotz ihrer allgemeinen Fassung rechtsgiltig sei. Sie sei rechtlich begründet auf die §§ 6a und i und 12 des Polizei-Verwaltungsgesetzes, wonach die Bezirksregierungen Polizeiverordnungen erlassen können zum Schutze der Person und aus Rücksicht auf Leben und Gesundheit des Publikums.

Belohnung für erbetene Auskunft. Der Kaufmann Franz Lau hatte sich gestern wegen verschiedener Ausschreitungen vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Am Abende des 25. Februar hatte der Angeklagte sich in einer Restauration derart übernommen, daß der Wirth es für gerathen hielt, ihm seinen erwachsenen Sohn als Begleiter mit auf den Heimweg zu geben. Aber auch der erwachsene Sohn war etwas angetrunken. Der Angeklagte machte sich unterwegs ein Vergnügen daraus, die ihm begegnenden Personen anzurempeln. Er trieb diesen Unfug so lange, bis ein Schutzmann ihn zur Wache führte. Nun leistete er Widerstand, vier Schutzleute mußten eingreifen, um die Sistirung zu bewerkstelligen. Der Angeklagte mußte zur Wache getragen werden. Hier machte er seinem Unmuthe durch Schmähungen der Beamten Luft, um dann in einen tiefen Schlaf zu verfallen. Als er erwachte, hatte er eine dunkle Vorstellung davon, daß er etwas Strafbares begangen und schlug dann einen verkehrten Weg ein, um die zu erwartenden Folgen zu mildern. Er fragte einen der Schutzleute, was er denn eigentlich alles aufgestellt habe. Dabei drückte er ihm ein Dreimarkstück in die Hand. Dies gab einen neuen Anklagepunkt, denn es wurde als versuchte Bestechung angesehen. Sein Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, vertrat im Termin die Ansicht, daß das Dreimarkstück nicht zu Bestechungszwecken dienen, sondern nur als eine Belohnung für die erbetene Auskunft dienen sollte und dieser Auffassung trat der Gerichtshof bei. Für die Ausschreitungen wurde aber auf eine Geldstrafe von 300 Mark erkannt, während der Staatsanwalt mit Rücksicht darauf, daß ein den gebildeten Ständen angehöriger Mann für derartige in der Trunkenheit begangene Ausschreitungen schwerer zu bestrafen sei, als beispielsweise ein Arbeiter, einen Monat Gefängniß beantragt hatte.

Sie hatte Glück, die unverehelichte Olga Richter, welche, wie wir derzeit berichteten, vom Schöffengericht wegen Heirathsschwindels zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Erst hatte sie einen Tischler bethört, welcher ihr nicht nur die Ehe versprochen, sondern ihr auch 100 M. gegeben hatte, damit sie sich dafür Wäsche kaufen konnte. Die Einkäufe besorgte sie auch, dann schrieb sie aber ihrem Verlobten den Absagebrief. Die Wäsche behielt sie. Inzwischen war ein Mann aus der Schweiz von ihr gefangen genommen worden. Er opferte ihr nicht nur viele Geschenke, sondern sandte ihr auf Verlangen noch 100 M. zu, damit sie die Reise nach seiner Heimath antreten könne, wo er inzwischen alle Vorbereitungen zur Hochzeit getroffen hatte. Anstatt ihrer kam der Absagebrief, Geld und Geschenke behielt die Angeklagte. Im gestrigen Termine vor der Berufungs-Strafkammer gelangten die übereinstimmenden Erklärungen der beiden Freier zur Verlesung, wonach sie auf die Bestrafung der Angeklagten verzichteten, sie seien froh, daß sie vor dem Geschick bewahrt worden seien, das Mädchen zu heirathen. Da nun zur Verfolgung einer Strafthat zwischen Verlobten ein Strafantrag nöthig ist, so schlüpfte die Angeklagte durch, nur wegen eines anderen gegen eine Dienstgenossin begangenen Betruges behielt sie die ihr hierfür zuerkannte Strafe von einer Woche Gefängniß.

Für ihren Bräutigam aufgeopfert hat sich die Schneiderin Berth R., welche sich gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I wegen Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Der Bräutigam der Angeklagten, der ein Fuhrgeschäft begründen wollte, hatte von dem Wagenbauer H. einen Wagen für 720 M. gekauft und mit Wechseln bezahlt. Der Wagen sollte erst in das Eigenthum des Käufers übergehen, nachdem der letzte Wechsel bezahlt war. Schon der erste Wechsel konnte nicht eingelöst werden. Der Lieferant drohte, den Wagen wieder abholen zu lassen, wenn er nicht für die ganze Schuld Deckung erhalte. Nun wußte die Angeklagte, daß ihr Bräutigam den Wagen bereits weiter verkauft und sich dadurch einer Unterschlagung schuldig gemacht hatte. Um die Entdeckung dieser Strafthat zu verhindern oder hinauszuschieben, erklärte die Angeklagte, daß sie im Besitze eines Sparkassenbuches über 602 M. sei, welches sie nach einigen Stunden bei dem Gläubiger als Sicherheit hinterlegen werde. Sie brachte auch das Sparkassenbuch und nun löste H., der sich für gesichert hielt, selbst die Wechsel ein. Als er dann das Geld von der Sparkasse abheben wollte, erfuhr er, daß die Eintragungen gefälscht waren, das Buch hatte nur einen Werth von 2 Mark. Der Bräutigam der R. erhielt nun doch eine Anklage wegen Unterschlagung. Er kam aber bei seiner bisherigen Unbescholtenheit mit einer Geldstrafe davon. Seine Braut mußte die schwerere Strafthat der Urkundenfälschung auch entsprechend schwerer büßen, sie wurde vom Gericht zu einer Gefängnißstrafe von vier Wochen verurtheilt.

Im Alberschweiler Kreuzigungsprozeß soll das Urtheil, wie aus Zabern berichtet wird, am Freitag verkündet werden. Sehr auffällig wurde am letzten Verhandlungstage die Rede des von den katholischen Klägern bestellten Rechtsanwalts Stieve bemerkt. Der Herr redete unter den steten Unterbrechungen und Ordnungsrufen des Präsidenten so viel ungereimtes Zeug zusammen, daß abseits stehende Leute offenbar den Eindruck gewinnen mußten, es sei mit ihm nicht ganz richtig bestellt. Unter anderem führte der Rechtsanwalt aus: Ich bin in Berlin Richter gewesen, wo die scheußlichsten Verbrechen und Vergehen vorkommen, und ich bin in Breslau Richter gewesen. Ich muß offen sagen, daß mir in meiner langjährigen Thätigkeit als Richter und Anwalt niemals ein so schwerer Fall vorgelegen hat wie dieser. (Heiterkeit.) — Präs.: Sie wollen doch nicht etwa sagen, daß der Fall des Angeklagten ein schweres Verbrechen gewesen ist? Es handelt sich um einen Mann, der noch nicht rechtskräftig verurtheilt worden ist. Ich muß ihn also schützen. — Rechtsanwalt Stieve: Ich wiederhole schließlich meinen Antrag auf weitere Zeugenvernehmungen nach der Richtung hin, daß der Angeklagte eine gemeingefährliche 11½jährige Thätigkeit in Saarburg hinter sich hat, daß er sich gegen die öffentliche Moral vergangen. — Präs.: Schweigen Sie. Sie haben Ihren Antrag eingereicht und ich entziehe Ihnen zu weiteren Ausführungen über den Inhalt desselben das Wort. — Rechtsanwalt Stieve: Dann schließe ich mein Plaidoyer. — Nach weiteren Auseinandersetzungen der Vertheidigung geht Herr Stieve ausführlich auf die Geschichte des Deutschen Reiches ein und versucht den Nachweis zu führen, daß insbesondere auch auf grund der Versailler Proklamation dem Katholizismus in Deutschland die Vorherrschaft gebühre und der deutsche Kaiser unbedingt ein Katholik sein müsse, wenn man einigermaßen den geschichtlichen Thatsachen Rechnung tragen wolle. Der Angeklagte habe daher durchaus kein Recht, von dem Recht der Parität zu sprechen. Es gäbe in Deutschland nur eine Landeskirche, die katholische.

Versammlungen.

Die Rabitzspanner und Träger hatten am 1. Juni in Feuerstein's Lokal eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Kollege Gutsch hielt einen Vortrag über: Ziele und Zweck der Gewerkschaftsorganisation. In der Diskussion sprachen der Kollege Beier und der Rabitzputzer Riecke; letzterer führte aus, daß unter den Rabitzträgern noch schlechter gestellte Arbeiter sind, wie unter den auf Rohbauten beschäftigten. Um eine Aufbesserung herbeizuführen, sei es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Organisation anzuschließen. Hierauf wurde beschlossen, eine eigene Zahlstelle des Verbandes der Bauarbeiter zu gründen. Als provisorischer Vorstand wurden gewählt: Gödel, Kuschmünder, Woiwode, Rödel und Mähr. Unter Verschiedenem brachte Gutsch noch die Beschlüsse der Bauarbeiter in Erinnerung, die Kollegen ersuchend, sich diesen anzuschließen. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, daß jeder Rabitzspanner und Träger 50 Pf. pro Woche zum Streikfonds zu steuern hat. Nachdem noch auf die Arbeiterpresse und auf die Wahlen hingewiesen worden war, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen des Verbandes der Bauarbeiter geschlossen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pelz- und Mützenbranche stellten in ihrer letzten öffentlichen Versammlung Peters als Kandidaten zum Gewerbegericht auf. Unter Verschiedenes kam das internationale Arbeitssekretariat in Frage. Die Versammlung beschloß, dasselbe fortbestehen zu lassen und die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Kollege Peters bittet die Anwesenden, noch vor der Wahl ihre Kräfte der Partei zu widmen und namentlich am 16. Juni ihre Schuldigkeit zu thun. Vorher hatte Ingenieur Grempe einen Vortrag über Riesenfernrohre gehalten.

Zentralverband der Konditoren. Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 3. Juni, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.

Witterungsübersicht vom 1. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	749	SSO	6	bedeckt	13	Haparanda	762	ONO	6	wolkig	14
Hamburg	747	SW	8	bedeckt	10	Petersburg	759	SO	2	wolkenl.	16
Berlin	750	SW	3	bedeckt	12	Cork	759	NNW	5	hlb. bed.	11
Wiesbaden	754	SW	4	bedeckt	10	Aberdeen	747	N	3	bedeckt	7
München	757	W	7	bedeckt	13	Paris	757	WSW	3	hlb. bed.	10
Wien	757	Still		hlb. bed.	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, 2. Juni 1898.

Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit einzelnen Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

B. P. Besten Dank. Bei Gelegenheit.

Uckermark. Verbreitung während der Kirchzeit ist erlaubt, aber durchaus nicht empfehlenswerth. In der Agitation erprobte Genossen unterlassen die Verbreitung während der Kirchzeit.

E. L. 21. Braun, Ad. Die Parteien des deutschen Reichstages. 40 Pf. Jede Buchhandlung und die Parteikolporteure besorgen die Schrift.

H. M. 1. Wollen Sie sich über diese Fragen informiren, so schlagen Sie selbst den Reichs- und Landtags-Etat nach. — **U. L. 25.** 1. Ist nicht möglich. 2. Sie können beim Amtsgericht Dispens von der Wartezeit nachsuchen. — **J. K.** Bis zum Betrage von 20 M.: ja. — **Sch. d. R.** Einwilligung ist bis zum 24. Jahre für den Mann erforderlich, erst vom 1. Januar 1900 ab genügt erreichte Volljährigkeit (zurückgelegtes 21. Lebensjahr). Es kann auf Ergänzung der väterlichen Einwilligung geklagt werden. Solche Klage kann aber lange dauern. Sie wäre durch einen Anwalt beim Landgericht anzustellen. — **S. R. W.** Es kann jeden Tag gekündigt werden. — **Schneider.** Möglich sind alle Versehen. Sie haben doch Eintragung bis am 25. Mai beantragt? — **Goethestraße.** Sorgen Sie schleunigst für Eintragung und sprechen gelegentlich in der Sprechstunde mit den Aktenstücken vor. — **A. B. 33.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Nein. — **A. T. 3.** 1. Vorläufig der Polizei. 2. und 3. Eine Frist hierüber ist im Gesetz nicht enthalten. 4. Wiederholen Sie den Antrag beim Amtsgericht; im übrigen lassen Sie der Sache ihren Lauf. — **E. K.** Es ist schriftlich zu kündigen und wenn kein niederer Zinsfuß eingetragen ist, vom Tage der Fälligkeit ab mit 5 pCt. zu verzinsen. — **Hedwigs-Krankenhaus.** Der Arzt hat kein Recht, Ihnen die Ausübung des Wahlrechts zu gebieten. Ein dahin gerichteter Versuch ist mit Gefängniß nicht unter 6 Monaten durch § 101 Str.-G.-B. bedroht. Auch ist das Krankenhaus nicht berechtigt, Ihnen die Lektüre der Zeitung, die Sie wünschen, zu untersagen. Stellen Sie bei Ihrer Kasse, event. bei der Gewerbedeputation des Magistrats einen Antrag, Sie in einem anderen Krankenhause unterzubringen und falls die Zeitung Ihnen vorenthalten sein sollte, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Nöthigung und Verletzung des Briefgeheimnisses. — **M. W.** In der Zeit von 10—6 Uhr. **F. F. 100.** Die Bestimmung, welche Sie wohl meinen, muß in der Fabrik-Ordnung stehen. Sie geht dahin: Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 8½ Uhr abends bis 5½ Uhr morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach 5½ Uhr nachmittags beschäftigt werden. — **T. T. 1000.** Am 1. Januar 1900. — **M. 10.** Nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 2. Juni.

Opernhaus. Die beiden Schützen. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das neue Weib. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Don Carlos. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die schwarze Kaschka.
Berliner. Was Ihr wollt. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Villa Gabriele. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Thielemanns. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Atschin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Heinrich Heine. Ein kleines Mißverständniß. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Passage-Panoptikum. 36 Togo-Mädchen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag:
Thielemanns.
Freitag:
Die Dummen.
Sonnabend:
Thielemanns.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 5. Male:
Gr. Ausstattung! Gr. Ballets!
Auf Sumatra
oder
Die Holländer in Atschin.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang und Ballets in 12 Bildern nach einem franz. Melodram von Ch. Cassmann. Musik v. F. Krause. Neue Dekorationen von Dowe, Kostüme von Hallmann. Ballets einstud. v. Carola Rinka, erste Solotänzerin vom Hoftheater in Altenburg. Anfang 8 Uhr.
Im Garten v. 5 Uhr an: Großes Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Pantomime.

Apollo-Theater.

Neues Programm.
8 Debuts
und um **9 Uhr:**
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6½ Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. **Saal.**
Heute sowie **täglich:**
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise **8** Uhr. Entree **50** Pf. Billets à **40** Pf. und Familien-Billets à **1** M. (für 3 Personen gültig) sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. (Siehe Plakate.)
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 5. Juni, nachm. 2¼ Uhr, im **Friedrich Wilhelmstädtischen Theater:**
Zweite Abtheilung,
Sonntag, 12. Juni, nachm. 2¼ Uhr: III. Abtheilung:
Lumpengesindel.
229/16* **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Neue Freie Volksbühne

Nächsten Sonntag, den 5. Juni, **abends 7½ Uhr,**
Extra-Vorstellung im Schiller-Theater:
Brand.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von H. Ibsen.
Billets à 75 Pf. incl. Garderobe sind in den bekannten Zahlstellen **bis Sonnabend Abend** zu haben.
Sonntag, den 12. Juni, nachm. 2½ Uhr, im **Thalia-Theater:** Vereins-Vorstellung. Zur Aufführung kommt:
Das neue System.
Schauspiel in 5 Akten von B. Björnson.
Einige **Neuaufnahmen** können wieder vorgenommen werden und sind Bewerber gebeten, sich baldigst in einer der Zahlstellen oder beim Unterzeichneten zu melden. 150/14
Der Vorstand. I. A.: Adolf Löhr, Kassirer, Ackerstr. 40.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

BAHNSTATION

Carl Hagenbeck's INDIEN

SAVIGNYPLATZ

Vorstellungen in der Arena: an Wochent. **6** u. **8** Uhr, an Sonn- u. Festtagen **4, 6** u. **8** Uhr,
im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab **4** Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3—6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. **Entree 30 Pf.**
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenheide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe — The Terras — Little Elfrida. Georg Fischer, Liedersänger; **Franz. Wunsch,** Soubrette; **Karl Gursch,** Tanz-Parodist; **Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.**
Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. Volksstück mit Gesang in 2 Bildern von J. Eihner. **Neu!**
Liebfrauenmilch. Singspiel in 1 Akt von Paul Adler.
Vor und nach der Vorstellung: **Garten-Concert.** In den **beiden Sälen: Grosser Ball.**
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 „
Max Kliem.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr:
Wissenschaftliches Theater.

Passage-Panopticum.

Theater Variété ohne Extra-Entree.
Neu! Alpenglühen.

Castan's
Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Salambo
die schöne Schlangenbändigerin.

Pahlmann's
Vaudeville-Theater

Inhaber F. Lehmann, Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit stets neuem Programm.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **„Friede auf Erden."** Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. **Eugenie Formes,** Kostümsoubrette. **Gebr. Millardo,** Grotesque-Duett. **Osrani Troupe,** musik. Excentr. **The 3 Wartons,** Porterre-Akrobaten. **Nr. Barna** mit s. dress. Ratten. **Ballet. Pantomime. Konzert** und **Ball.** Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Irren ist menschlich. Lustspiel in 1 Akt von Tannenhofer.
Orpheus auf der Oberwelt. Possen-Burleske in 1 Akt von Sanftleben u. Thalbkrg. Musik v. Michaelis.
Neu! Japanlieschen oder **Die kleinen Geishas.** **Neu!** Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gericke. Musik von Wappaus.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Billig! Knabenanzüge! Billig! Waschanzüge, Mädchenkleider preisw. **O. Hoffmann,** Veteranenstr. 14.

Reinickendorf.

Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale von Böttcher, Markstraße 1—2:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. **Nieder mit den Brotvertheurern, nieder mit den Wucherern.**
Referent: Stadtverordneter und Reichstags-Kandidat des Nieder-Barnimer Kreises **Arthur Stadthagen.** 2. Diskussion. 223/12
Um zahlreichen Besuch bittet **Das Wahlkomitee.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Parkettbodenleger.
Donnerstag, 2. Juni, abends 8 Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106:
Sitzung der Kommission mit Vertrauensleuten.
Jede Firma muß vertreten sein. 81/3

Achtung! Putzerträger. Achtung!

Freitag, den 3. Juni 1898, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Schwedterstraße 23:
Oeffentl. Versammlung der Putzerträger
Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Die diesjährige Lohnbewegung der Putzerträger und wie gedenken dieselben vorzugehen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. (30/18) **Die Kommission.**

Neu eröffnet! **Ziegenhals—Niederlehme**
Zum Sportshaus
Station Zeuthen—Hankels-Ablage.
Grosser Dampfersteg. Herrlich am Crossin-See und Wald gelegen. 25 Min. v. Bahnh. Eig. Waldung.
Saal 600 Pers. fassend. 2 Kegelbahnen. Billardzimmer. ff. Küche. Gute Biere u. Weine aus renomm. Häusern. **Garten für 3000 Pers.**
Für größ. Gesellsch. wird rechtz. Anmeld. erb. **P. Hildebrandt.**

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [5187L*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Neu! Neu!
In Amerika!

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Lipp. Am Königsthor.

Heute, sowie jeden Donnerstag:
Garde-Schützen-Frei-Konzert.
Jeden Freitag:
Frei-Konzert des 5. Garde-R. z. F.

Ostbahn-Park,

Am Küstriner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.**
Minni Schröder, Chansonette. **Paul Barton,** Komiker. **Geschw. George,** Gesangs-Duettisten. **Margot Estera,** Chansonette.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.

Garten-Theater der Reichshallen

Leipzigerstraße 77.
Täglich:
im **3000** Personen fassenden **Sommer-Garten** auf neuerbauter **Garten-Bühne.**
Wilhelm-Kalnberg-Agoston-Ensemble!
Spezialitäten 1. Ranges!
Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna Brüder Paxton, Tom Briarly, Die 6 nordischen Perlen! u. s. w.
Das Konzert beginnt um **7** Uhr, die Vorstellung um **7½** Uhr.
Tageskasse von 11—1 Uhr Vorm.
Bei **ungünstiger** Witterung Vorstellung im **Theatersaal.**

Für 36 Mark

fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—12 M. feine Hosen nach Maaß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Möbel

verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4905U*
Neue Königstraße 59 und **Gneisenaustraße 15.**

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20, I.

Bad Monbijou

Grosse Hamburgerstr. 20,
Poliklinik.
Spezialität: **Heilkräuter-Behandlung.** Elektr. Lichtbäder, Heißluft-, Dampf-, Lohtannin-, Kräuterbäder, Kneipp'sche Güsse. — **3 Wannenbäder 1 M.** Poliklinik 10—12. Klinik 4—6.

Zahnärztliches Institut,

Poliklinik f. Mundkrankheiten, **Karlstrasse 20A.**
Geöffnet 8½—6, Sonntags 9—12.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75. [*
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Ausschneiden! **?** 5% Rabatt!
Warum verdient die Privat-Zahn-Klinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
Ausschneiden! **!** 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.
Spezialität: Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen. 5065U*

Möbel auf Theilzahlung. Neue
J. Kellermann, Jacobstr. 26. [*

Berl. Kranken-Möbel-Fabrik

Gertraudtenstr. 8—9 (am Spittelmarkt)

Krankenwagen, auch zur Miethe. Bidets, Klosetts, Schüsseln, Gesundheitsstühle, Turn-, Massage-, Frottir-, San. Gummi-Frauenbinden u. dergl. Artikel.

5069U* **Kinderwagen u. Stühle,** deren Käufer geschützt. Sicherheitsgurt grat. erhält. Tel. V. 1958.
E. Wulff jr.
Aufn. u. Hilfsstelle f. Berl. Rettungsgesellschaft und „Blaues Kreuz".

Haut- und Harnleiden

heilt gründl. **Homöop. Haedecke, Rosenthalerstr. 23.** 9—11, 3—5. *

Allen Verwandten u. Bekannten, sowie den Herren Kollegen der Firma Auerbach die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schlosser
Otto Hupe
am Herzfehler gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Frau verwittwete Marie Hupe nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme während der Krankheit meines lieben Mannes und bei der Beerdigung desselben, insbesondere für die reichen Blumenspenden, sage hierdurch allen lieben Verwandten, Bekannten, Genossen, Genossinnen und dem Gesangverein „Nord" meinen herzlichsten Dank. 3801b
Gleichzeitig erlaube ich mir die ergebene Mittheilung, daß ich das Geschäft meines Mannes in unveränderter Weise weiterführe und bitte ich, das demselben geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.
Marie Becker,
Gerichtstr. 28, Vahn-Eingang part.

Achtung! Wedding.

Den Abonnenten, die bei mir den „Vorwärts" lesen, zur Nachricht, daß ich die Botenfrau Willert wegen Unregelmäßigkeiten entlassen habe und daß dieselbe für mich keinen „Vorwärts" mehr besorgt. Bitte die Abonnenten, welche heute keinen „Vorwärts" bekommen haben, dies zu entschuldigen und sich zu melden; derselbe wird nachgeliefert. 3799b
Karl Weisse, Triftstr. 46a,
Zeitungsspediteur.

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73. Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko. 5511P*

Für 2—3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Verloren. Goldene Damenuhr wurde am Pfingstsonntag in der Nachmittags-Vorstellung im **Lessing-Theater** oder von dort bis **Roonstraße verloren.** Gegen Belohnung abzugeben. **Krebs,** Möckernstr. 105.

Destillationsräume, große, event. zum Bazar tauglich, Weißenburgerstr. 47a, Ecke Danzigerstraße, sofort vermiethbar. Auskunft b. Verwalter Kruk. 3798b

Tafelklavier billig zu verkaufen. Wabig, Kottbuserdamm 102, I l. 3806b

Schlafst. f. Herren Oppelnerstr. 27, v. 3 Tr. b. Jerach. 3802b

Freundl. möbl. Schlafst. finden 1 bis 2 H. b. Klaffer, Buckowerstr. 13, v. IV.

Schlafst. f. H., 7 M., Posenerstr. 24, v. 1 Tr. rechts. 3800b

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter.

In der Möbelfabrik von **Rückwarth & Riegel,** Wienerstr. 50, haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Parkettbodenleger.
Die Kollegen der Firma von **Kuhnert u. Kühne, Martinikenfelde,** haben die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!

Arbeiter-Gesangverein s. tüchtigen Dirigenten für Dienstag. Thiel, Manteuffelstr. 51, I. 3808b

Mantelfs auf Jackets u. Mädchen-Paletots von 1,50 M. an verlangt **Speckmann,** Frankfstr. 4, 1 Tr.

Ein tüchtiger Grundirer,

der eine **selbständige** Stellung als solcher bekleiden kann, **findet** bei gutem Lohn **dauernde Beschäftigung. A. Rechtenbach,** Goldleisten-Fabrik, **Stendal.**

Tüchtiger Rahmenmacher

außer dem Hause gesucht. Zu erfragen Immanuelkirchstr. 37, 1 Tr. r.

Tüchtige Arbeiterinnen a. Damenjackets a. d. H. verl. Beusselstr. 42, 3. Hof, Fabrikgebäude II. 3795b

T. Farbigmacher verl. Waldemarstr. 15*

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin